

Die „Moskauer Clique“ – und weitere Legenden

Zur Struktur der KPÖ-Führung nach 1945

MANFRED MUGRAUER

Als die kommunistischen Parteigruppen im April 1945 – nach zwölf Jahren in der Illegalität – ans Licht der Öffentlichkeit traten, gab es keine zentrale Führung der KPÖ im Inland. Die Formierung einer neuen Parteiführung war deshalb nicht nur eine der wichtigsten Fragen des Augenblicks, sondern insgesamt eine Kernfrage ihrer Reorganisierung. Dabei war die KPÖ mit zahlreichen Problemen konfrontiert, die allgemein den Aufbau der Parteiorganisationen erschwerten: Viele der führenden FunktionärInnen der Partei befanden sich zum Zeitpunkt der Befreiung Österreichs noch in der Emigration oder waren gerade erst aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit worden. Nicht wenige Parteiführer hatten in den Jahren der faschistischen Diktatur ihr Leben lassen müssen. So wären etwa – um nur einige Namen zu nennen – Willi Frank, Leo Gabler, Alfred Klahr, Hermann Köhler, Ferdinand Strasser und Josef Teufl gewiss in die Parteiführung des Jahres 1945 einbezogen worden. Auch bei Ernst Burger, Erwin Puschmann, Ludwig Schmidt und Franz Schuster ist davon auszugehen, dass sie aufgrund ihrer hervorragenden Rolle im antifaschistischen Widerstand führende Funktionen in der neu formierten Partei bekleidet hätten.

Die Führung der KPÖ hatte sich zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr nach Österreich mehr als elf Jahre im Ausland befunden: Nach dem Februar 1934 war die engere Leitung der bereits im Mai 1933 verbotenen Partei nach Prag gegangen. Im Oktober 1938 übersiedelte die Exilführung angesichts der Annexion der „Sudetengebiete“ nach Paris. Nachdem die französische Regierung nach Kriegsbeginn im September 1939 die Internierung der deutschen (und damit auch der österreichischen) EmigrantInnen verfügt hatte, verlegte die Parteispitze ihren Sitz in die Sowjetunion, wohin sich die kommunistischen Führungsmitglieder im September und Oktober auf weit verzweigten Routen – über Italien, Jugoslawien, Bulgarien und die Türkei – durchschlugen. Im Dezember 1939 wurde in Moskau eine Auslandsleitung gebildet, der Johann Koplenig, Friedl Fürnberg, Ernst Fischer, Hermann Köhler, Erwin

Zucker-Schilling, Friedrich Hexmann, Franz Honner, Willi Frank und Leo Gabler – und damit nahezu alle entscheidenden Führungspersönlichkeiten der vergangenen Jahre – angehörten.¹ Diese im Namen des Zentralkomitees der KPÖ agierende Exilleitung war die von sämtlichen österreichischen KommunistInnen anerkannte Parteiführung, egal ob sie in Österreich oder in den verschiedenen Exilländern wirkten – die KPÖ konnte also auch in der Illegalität und Emigration ihre innere Einheit wahren. Im Inland wäre es unter den Bedingungen der Illegalität und des Gestapo-Terrors unmöglich gewesen, eine über die Anleitung des Widerstandskampfes hinausgehende Führungsstruktur aufrechtzuerhalten, und auch die KommunistInnen in den anderen Exilländern fanden dort vielfach schwierigere Bedingungen ihres Wirkens vor. Im Moskauer Exil wurden auch jene Konzepte ausgearbeitet, die für die Politik der Partei nach der Befreiung bestimmend blieben.

Die Parteiführung im Jahr 1945

Als Johann Koplenig und Ernst Fischer am 12. April 1945 aus Moskau und Friedl Fürnberg und Franz Honner zehn Tage später aus Slowenien nach Wien zurückkehrten, stand außer Frage, dass sie nun auch die provisorische Führung der KPÖ formieren würden. Die Abwesenheit der kommunistischen Westemigration und der noch unzureichende Überblick über die in Österreich aus der Illegalität heraustretende Partei waren wohl die wesentlichen Gründe dafür, dass – im Unterschied zu SPÖ und ÖVP – im April 1945 und auch in den Folge Monaten kein provisorischer Parteivorstand der KPÖ gebildet wurde. Erst im April 1946, als in Wien der erste Parteitag der KPÖ nach der Befreiung – der insgesamt 13. ihrer Geschichte – zusammentrat, wurde ein Zentralkomitee und damit eine von der Mitgliedschaft demokratisch legitimierte Parteiführung gewählt. Dies mag auf der einen Seite überraschen, bestand die KPÖ doch seit 1918 ohne Unterbrechung, weshalb sie auch an gewählte Strukturen aus der Ersten Republik hätte anknüpfen können. Dem gegenüber hatte die „alte“ Sozialdemokratische Partei bereits 1934

zu existieren aufgehört, weshalb sich die SPÖ 1945 mit verändertem Namen und Charakter konstituierte. Die ÖVP stellte insgesamt eine Neugründung dar. Es wäre also im April 1945 durchaus eine Option gewesen, aus den in Wien anwesenden ZK-Mitgliedern der Ersten Republik ein „Rumpf“-Zentralkomitee zu etablieren und es durch die Kooptierung weiterer FunktionärInnen, die nun in leitenden Positionen aktiv wurden, zu erweitern. Auf der anderen Seite war gerade die in die 1920er Jahre zurückreichende Kontinuität der Führungsspitze dafür verantwortlich, dass die Autorität von Koplenig und Fürnberg bei allen kommunistischen Parteiorganisationen außer Frage stand. Sie hatten auch in den Jahren des Exils die bestimmenden Führungspersönlichkeiten der KPÖ dargestellt und prägten schließlich bis in die 1960er Jahre die Geschehnisse der Partei, womit diese Kontinuität über mehr als 40 Jahre wahren sollte. Vor diesem Hintergrund war die unter den spezifischen Bedingungen des Jahres 1945 etablierte engere Parteiführung innerparteilich völlig unumstritten, und es bedurfte auch keiner angeblichen „Weisung Stalins“, wie Gerhard Jagschitz in einer neueren Studie behauptet, mit der die Moskauer Emigranten als Parteiführung „oktroziert“ wurden.²

Zwar wurden im Jahr 1945 vier Mal Sitzungen des Zentralkomitees einberufen, doch handelte es sich dabei nicht um ein festgefügtes Führungsgremium, sondern vielmehr um Konferenzen einer stets wechselnden Anzahl von ParteifunktionärInnen, die angesichts wichtiger anstehender politischer Entscheidungen zusammentraten. Diese vier Sitzungen hatten nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung stets einen unterschiedlichen Charakter. Das erste ZK-Plenum fand am 10. Juli 1945 statt, um über das auszuarbeitende Sofortprogramm der Partei und die Arbeit der KPÖ in den Staatssekretariaten zu beraten.³ Über die TeilnehmerInnen und den Verlauf dieser Tagung liegen keine Unterlagen vor. Es handelte sich bei dieser Zusammenkunft wohl um eine Arbeitskonferenz, zumal dort auch keine Beschlüsse gefasst wurden. Am 6. August

1945 fand eine als ZK-Sitzung bezeichnete Beratung über den Brief des Parteivorstands der SPÖ zu Fragen der Aktionsseinheit statt. An ihr nahmen 30 Wiener ParteifunktionärInnen teil.⁴ Am selben Tag wurde im Rahmen einer Wiener Parteiarbeiterkonferenz im Konzerthaus von mehr als 2.100 Delegierten das „Sofortprogramm“ der KPÖ beschlossen. Bei dem am 23. September begonnenen und am 27. September 1945 fortgesetzten ZK-Plenum handelte es sich um eine Konferenz der führenden ParteifunktionärInnen mit VertreterInnen der Bundesländer, die sich anlässlich der 1. Länderkonferenz in Wien aufhielten. Es war dies die erste bundesweite Tagung der KPÖ seit der Befreiung Österreichs.⁵ Die vierte und letzte Tagung des Zentralkomitees fand am 9. Dezember 1945 statt und beschäftigte sich zwei Wochen nach der Nationalratswahl mit dem bevorstehenden Eintritt der KPÖ in die von Leopold Figl gebildete Konzentrationsregierung. Laut Präsenzliste nahmen 102 KPÖ-GenossInnen teil, darunter erneut VertreterInnen der Bundesländer.⁶ Aufgrund ihrer Größe wurde diese Sitzung in der Parteipresse sowohl als ZK-Tagung als auch – durchaus treffender – als „Partei-Konferenz“ bezeichnet.⁷ Bis zum 13. Parteitag im April 1946 trat das Zentralkomitee nicht mehr zusammen.

Ebenso überraschen mag die Tatsache, dass 1945 nicht nur kein festgefügtter provisorischer Parteivorstand, sondern auch kein Politisches Büro (kurz Polbüro) etabliert wurde, das in kommunistischen Parteien – obwohl formal dem Zentralkomitee untergeordnet – traditionell das wichtigste Leitungsgremium darstellte. Vor diesem Hintergrund lag die tatsächliche Führung der KPÖ zunächst beim neu gebildeten Sekretariat der Partei, das in den ersten Monaten de facto Sekretariat und Polbüro in einem war. Erst im September 1945 wurde darüber hinaus ein Parteipräsidium gewählt, das in etwa den Stellenwert des späteren Polbüros hatte. Das Sekretariat setzte sich zu Beginn aus nur vier Mitgliedern zusammen: Johann Koplenig, Friedl Fürnberg, Josef Lauscher und Erwin Zucker-Schilling. Koplenig stand zwar seit den 1920er Jahren an der Spitze der Partei, wurde aber erst im Jahr 1945 auch formell als Parteivorsitzender bezeichnet. Seit April bzw. November 1924 war er in leitenden Funktionen aktiv, die zunächst „Orgsekretär“ oder „Reichssekretär“ genannt wurden; auf der Parteikonferenz des Jahres 1937 wurde er zum „Generalsekretär“ gewählt.⁸ Der neben

Koplenig wichtigste Parteifunktionär der Nachkriegszeit war Fürnberg, der 1933 zum Sekretär der Wiener Organisation bestimmt wurde und in den folgenden Jahren als Sekretariatsmitglied und seit 1938 als Parteienvertreter beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wirkte. Er agierte ab April 1945 als erster Sekretär der Partei, was in den Jahren 1948 bis 1954 auch im – nur in diesem Zeitraum gebrauchten – Titel „Generalsekretär“ zum Ausdruck kam. Das Sekretariat wurde durch Lauscher als Wiener Landesobmann und Zucker-Schilling, den früheren Chefredakteur der illegalen *Roten Fahne*, komplettiert. Mit deren Hinzuziehung wurde der Bedeutung der größten Landesorganisation und den Erfordernissen von Agitation und Propaganda Rechnung getragen.

Das erste überlieferte Beschlussprotokoll des Sekretariats datiert vom 6. Juni 1945, es ist aber davon auszugehen, dass es bereits in den Vorwochen in dieser Zusammensetzung den Aufbau der Partei in Angriff nahm. Die wichtigsten Aufgaben des stark operativ ausgerichteten Sekretariats waren neben der politischen und organisatorischen Anleitung der Parteiorganisationen vor allem personelle Fragen, also die Kaderpolitik der Partei, ferner Fragen der staatlichen und kommunalen Verwaltung, die Gewerkschaftspolitik, die Jugendarbeit, die Frauenarbeit, die Bauernarbeit, die Sportpolitik oder etwa die Medien- und Verlagspolitik der Partei und andere Fragen der Agitation und Propaganda. Ab Juli wurden den im Abstand weniger Tage, oft auch täglich stattfindenden Beratungen des Sekretariats zahlreiche ParteifunktionärInnen hinzugezogen. An den entlang konkreter Themenfelder erweiterten Sekretariatssitzungen nahmen auch kommunistische Regierungsmitglieder, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, Frauenpolitikerinnen oder einzelne ApparatmitarbeiterInnen und Ländervertreter teil. Aus den Protokollen gehen in der Regel nur die Tagesordnung und konkrete Festlegungen hervor, meist personeller und organisatorischer Art. Diskussionsverläufe über politische Fragen wurden nicht protokolliert. Es ist aus diesen Unterlagen also nicht ersichtlich, welche Positionen im einzelnen vertreten wurden und welche taktischen Erwägungen den Entscheidungen zugrunde lagen.

Unklar ist, ob das Sekretariat in den folgenden Wochen und Monaten auch formal um einzelne Mitglieder erweitert wurde oder ob nur von erweiterten Sekretariatssitzungen in wechselnden Zu-

sammensetzungen auszugehen ist. Fest steht jedenfalls, dass ab August mit großer Kontinuität auch die Regierungsmitglieder Ernst Fischer, Franz Honner und Karl Altmann an den Sitzungen teilnahmen. Fischer und Honner waren offenbar aufgrund ihrer Tätigkeit in der Renner-Regierung zunächst keine fixen Mitglieder des Sekretariats. Sie hatten als Staatssekretäre zwei wichtige Amtsbereiche – Inneres und Unterricht – aufzubauen, was gewiss ihre ganze verfügbare Zeit in Anspruch nahm, während im mehrmals wöchentlich tagenden Sekretariat schwerpunktmäßig Probleme des Parteaufbaus und weniger solche der Regierungspolitik behandelt wurden. Demgegenüber war Koplenig, der als Vizekanzler ebenso der Renner-Regierung angehörte, von Beginn an stärker auf die Parteiarbeit denn auf die Regierungsarbeit konzentriert. Erinnerungsberichten zufolge soll er nur zu den Sitzungen des Kabinettsrats am Ballhausplatz erschienen sein⁹ und sich kaum in die Regierungsgeschäfte eingemischt haben, was gewiss auch mit dem autoritären Führungsstil Karl Renners zu tun hatte. Bei Altmann dürfte ein umgekehrter Faktor verantwortlich gewesen sein für seine Zuziehung zu den Sitzungen des Sekretariats: Aufgrund seiner Erfahrungen und Kompetenzen als Verwaltungsjurist entwickelte sich der Unterstaatssekretär für Justiz im Kabinettsrat geradezu zum Hauptsprecher der KPÖ in Gesetzgebungsfragen, wo es sonst grundsätzlich nicht üblich war, dass sich die UnterstaatssekretärInnen über ihren Ressortbereich hinaus zu Wort meldeten. Vor diesem Hintergrund avancierte Altmann, über dessen Übergang zur KPÖ die Parteiführung erst im April 1945 Kenntnis erlangte,¹⁰ aufgrund seiner politischen Qualifikationen zu einem Mitglied der engeren Parteiführung.

Bereits seit Ende Juli 1945 war auch Rudolf Richter ein fixer Bestandteil des Sekretariats, ohne ihm formal als Mitglied anzugehören. Richter hatte seit 1920 der kommunistischen Bewegung der Tschechoslowakei angehört, war Mitglied des Zentralkomitees des dortigen KJV und ab 1928/29 Sekretär des Zentralkomitees der KPČ für die deutschsprachigen Tschechoslowaken. Seit 1939 befand er sich im Moskauer Exil, wo er im Apparat der Kommunistischen Internationale arbeitete. Im Mai 1945 zunächst in die Tschechoslowakei zurückgekehrt, wurde er im Juli 1945 – nach der Aussiedlung deutschsprachiger AntifaschistInnen – zum Organisations-



Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPÖ 1945: Karl Altmann, Viktor Elser, Gottlieb Fiala, Ernst Fischer

sekretär der KPÖ bestellt.¹¹ In dieser Eigenschaft führte er die Protokolle der Sekretariatssitzungen. Er war zwar auch in den folgenden Jahren kein nominelles Sekretariatsmitglied, ja gehörte zunächst nicht einmal dem Zentralkomitee als Mitglied an (1946 Kandidat, erst 1951 Mitglied), war aber als Leiter der Organisationsabteilung und Sekretär des Zentralkomitees (1954 bis 1965) den Sekretariatssitzungen ständig beigezogen. Ebenso regelmäßig zugezogen wurde Heinrich Fritz, der am „Amsterdamer Plenum“ im Juni 1939 in das Zentralkomitee kooptiert worden war.¹² Fritz war bereits im Spanischen Bürgerkrieg Politikkommissar der Maschinengewehrkompanie im Tschapajew-Bataillon und Parteisekretär der österreichischen Spanienkämpfer in der XI. Brigade und wurde Anfang Juli 1945 – nach seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager Dachau – zum Leiter der Kaderabteilung des Zentralkomitees bestellt.

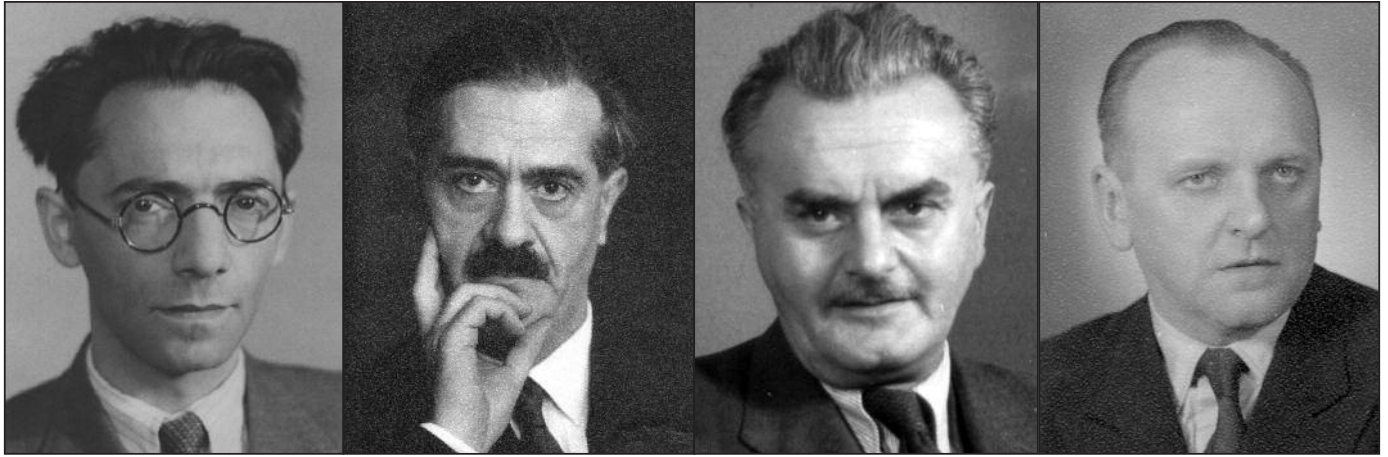
Bei der Etablierung der Parteileitungen musste verschiedenen Bedingungen des Jahres 1945 Rechnung getragen werden: Da die Partei nach zwölf Jahren der Illegalität von Grund auf neu organisiert werden musste, zahlreiche Parteikader erst im Jahresverlauf nach Österreich zurückkehrten und es in diesen Monaten zu einem sprunghaften Wachstum kam, war man erst im Herbst 1945 so weit, die im April und Mai 1945 auf Bezirks- und Landesebene spontan gebildeten Leitungen durch solche abzulösen, die auf Delegiertenkonferenzen gewählt wurden. Diese Entwicklung fand ihre Entsprechung auf höchster Ebene, als in der Sitzung des Zentralkomitees am 23. September 1945 die engere, bisher provisorisch agierende Parteileitung auch formal bestätigt wurde und zwei reguläre Führungsgremien eingerichtet wurden. Koplenig wurde am Ende dieser Sitzung zum Parteivorsitzenden bestimmt, Fürn-

berg zum Sekretär der KPÖ. Diese ZK-Tagung wählte ein so genanntes „Präsidium“, das in den sieben Monaten bis zum 13. Parteitag insgesamt acht Mal zusammentrat. Vier dieser Sitzungen, die sich mit der 2. Länderkonferenz, dem Wahlauftritt und dem Eintritt in die Figl-Regierung beschäftigten, hatten bis zu 30 TeilnehmerInnen.¹³ Das Präsidium nahm damit auf der einen Seite die Funktionen des späteren Polbüros wahr, fungierte in gewisser Weise aber auch als Ersatz für das Zentralkomitee. Im Statut der Partei, das im April 1946 beschlossen wurde, war das Präsidium schließlich nicht mehr vorgesehen. Ein solches Parteipräsidium als Zwischenglied zwischen dem Sekretariat als operativer Parteiführung und dem Zentralkomitee als höchstem Führungsgremium bestand also nur von September 1945 bis April 1946. Seine Funktionen gingen hierauf auf das so genannte „Politische Sekretariat“ über, das in dieser Bezeichnung nur zwischen 1946 und 1948 existierte und dann durch das in den folgenden Jahrzehnten übliche Polbüro abgelöst wurde.

Dem am 23. September 1945 gewählten Parteipräsidium gehörten 16 Mitglieder an: Zu den bereits bisher in der Parteiführung aktiven Funktionären (Altmann, Fischer, Fürnberg, Honner, Koplenig, Lauscher, Zucker-Schilling) kamen die Regierungsmitglieder Laurenz Genner, Hermann Lichtenegger und Helene („Hella“) Postranecky, zentrale Gewerkschaftsfunktionäre wie Gottlieb Fiala (Vizepräsident des ÖGB), Otto Horn (Zentralsekretär der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft) und Wilhelm Kunst (stellvertretender Vorsitzender Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter) sowie die Ländervertreter Viktor Elser (Landesobmann der KPÖ Steiermark), Karl Steinhardt (Wiener Vizebürgermeister) und Josef Tschofenig (Landesobmann der KPÖ Kärnten). Das

Präsidium war damit vier Mal so groß wie das zunächst gebildete Sekretariat. Aus seiner Mitte wählte es ein nunmehr erweitertes Sekretariat, dem neben Koplenig, Fürnberg, Zucker-Schilling und Lauscher auch Altmann, Fischer und Honner angehörten, womit die bereits in den Vorwochen informell etablierte Praxis bestätigt wurde. Heinrich Fritz wurde bei der konstituierenden Sitzung des Präsidiums am 23. September zum 2. Sekretär des Zentralkomitees bestellt und gehörte – einer gängigen kommunistischen Organisationspraxis entsprechend – als solcher zwar dem nun achtköpfigen Sekretariat, nicht aber dem übergeordneten Parteipräsidium an. Zucker-Schilling wurde als Chefredakteur des seit Anfang August erscheinenden Zentralorgans *Österreichische Volkstimme* bestätigt und blieb bis April 1957 in dieser Funktion. Darüber hinaus wurden in dieser Sitzung des Präsidiums erstmals drei stellvertretende Parteivorsitzende bestimmt: Honner als erster und Tschofenig als zweiter Stellvertreter sowie Postranecky als dritte Stellvertreterin.¹⁴

Bemerkenswert ist, dass damit die Frage der demokratischen Legitimierung der kommunistischen Parteiführung vorerst geklärt war und auf der so genannten „Reichskonferenz“ am 27. Oktober 1945, die (unkorrekterweise) in einem Bundesländerblatt der KPÖ auch als „erster Parteitag nach 12 Jahren Illegalität“ bezeichnet wurde,¹⁵ nicht mehr aufgeworfen wurde. Diese Konferenz mit 250 Delegierten aus allen Bundesländern fasste keinen Beschluss zur Bestätigung bzw. Neuwahl der Parteiführung. Bis zum Parteitag im April 1946 ergab sich nur insofern eine Änderung in den Führungsgremien der Partei, als am 11. Jänner 1946 Hella Postranecky – als führende Frauenpolitikerin der KPÖ – und der aus der englischen Emigration zurückgekehrte Otto Brichacek – als Vorsitzender



Mitglieder des Präsidioms des ZK der KPÖ 1945: Friedl Fűrberg, Laurenz Genner, Franz Honner, Otto Horn

der mit der KPÖ verbundenen *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) – mit beratender Stimme in das Sekretariat kooptiert wurden.¹⁶ In puncto Aufgabenteilung der Sekretariatsmitglieder wurde nur festgelegt, dass Kopenig für die Wiener Parteiorganisation und die Parteipresse, Honner für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und Altmann für das Nationalratsbüro zuständig ist.¹⁷ Fest stand auch die politische Verantwortung Fűrbergs für die Organisationspolitik, gemeinsam mit den für die Organisations- und die Kaderabteilung zuständigen Parteisekretären Richter und Fritz.

Moskauer Kader und „KommunistInnen im Lande“

Unstrittig ist, dass mit Kopenig (Vorsitzender), Fűrberg (Sekretär), Honner, Fischer und Zucker-Schilling (Chefredakteur) jene Parteiführer, die aus dem Moskauer Exil bzw. aus dem Kampfeinsatz in Slowenien nach Wien zurückgekehrt waren, den entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung der KPÖ ausübten und das öffentliche Erscheinungsbild der Partei prägten. Die fünf „Moskauer“ bildeten auch den Kern des achtköpfigen Sekretariats, dem mit Altmann, Fritz und Lauscher drei Exponenten des Widerstands bzw. ehemalige KZ-Häftlinge angehörten. Vier der fünf Parteiführer aus dem Moskauer Exil waren bereits in den Jahren 1919 und 1920 zur kommunistischen Bewegung gestoßen. Gründungsmitglieder der Partei spielten damit – ähnlich wie in der KPD des Jahres 1945 – eine dominierende Rolle. Laut dem damaligen niederösterreichischen Landessekretär Josef Meisel soll diese für die KPÖ-Politik maßgebliche Führungsgruppe im „Parteijargon“ als „Moskauer Clique“ bezeichnet worden sein.¹⁸ Dies findet zwar weder in zeitgenössischen Dokumenten noch in anderen Lebenserinnerungen kommunistischer FunktionärInnen eine Bestätigung, wurde aber von der Forschung begierig aufgegriffen und zum geflügelten Wort entwickelt.¹⁹ Die Moskauer hätten – so Meisel – „eine Clique ‚auf Gedeih und Verderb‘ dargestellt“.²⁰ Im Gegensatz dazu enthüllt Franz Marek in seinen Erinnerungen, dass Kopenig und Fűrberg einander in Wahrheit „gehasst“ haben sollen, weshalb es in den Polbürositzungen oft „zu heftigen Krachs“ gekommen sei.²¹ Gewiss war der von Bruno Frei „als erster Steuermann der Partei“²² gewürdigte Friedl Fűrberg jener Parteifunktionär, der über Jahrzehnte am stärksten die Tagespolitik der KPÖ prägte, nicht zuletzt aufgrund seines politischen Geschicks und seiner organisatorischen Fähigkeiten. In extremen Varianten wird Fűrberg zu einer „grauen Eminenz“ hochstilisiert und – trotz seiner angeblichen Farblosigkeit und fehlenden Ausstrahlung²³ – geradezu dämonisiert.

Die Fixierung auf die „Moskauer Clique“ hat in bisherigen Untersuchungen den Blick darauf verstellt, wie differenziert die verschiedenen KPÖ-Führungsgremien – Sekretariat, Präsidium, Politisches Büro und Zentralkomitee – in den Nachkriegsjahren tatsächlich zusammengesetzt waren. Entgegen mancher Polemiken in der Forschungsliteratur war die zunächst etablierte Parteiführung auch nicht gezwungen, sich – wie von Fritz Keller behauptet – gegen „konkurrierende Eliten“, wie etwa gegen eine aus dem Widerstand heraustretende Inlandsleitung oder gegen die kommunistische Westemigration, durchzusetzen oder diese gar „auszuschalten“.²⁴ Eine genaue Analyse der KPÖ-Führung zeigt vielmehr, dass es der „Moskauer“ Führungsgruppe von Beginn an gelungen ist, KommunistInnen aus dem Widerstand prominent einzubinden. Ab 1946 gehörten auch RemigrantInnen aus westlichen Exilländern und GenossInnen, die erst nach der Befreiung

im April 1945 zur KPÖ gestoßen waren, der Parteiführung an. Dies war vor allem insofern keine Selbstverständlichkeit, als im Moskauer Exil keine verlässlichen Informationen über die Widerstandsgruppen im Land und über das Schicksal der in Österreich verbliebenen ParteifunktionärInnen vorgelegen waren. Die aus dem Moskauer Exil nach Wien zurückkehrenden Kopenig und Fischer mussten also in den Umbruchtagen des April 1945 – nach Jahren der Abwesenheit – erst ein Bild über die Lage der Partei gewinnen. Ebenso wenig war zu diesem Zeitpunkt abzusehen, wann mit einer Rückkehr kommunistischer Führungskräfte aus den westlichen Exilländern gerechnet werden konnte, weshalb mit deren Berücksichtigung erst im Jahresverlauf begonnen werden konnte.

Am hartnäckigsten hält sich in der Forschungsliteratur die Legende von der fehlenden Berücksichtigung des kommunistischen Widerstands im April 1945. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die bis heute breit rezipierte angebliche Ausschaltung des Widerstands durch die „Moskauer Clique“ allein auf Äußerungen des damaligen Vizekanzlers Adolf Schärf (SPÖ) zurückgeht, der in einer Studie über die österreichische Nachkriegsentwicklung Klotilda Hrdlicka – die kommunistische Vertreterin in der erst gegen Kriegsende in Erscheinung tretenden Widerstandsorganisation O5²⁵ – zur Leiterin eines angeblich „nicht linientreuen Zentralkomitees“ der KPÖ überhöhte.²⁶ Diese Formulierung hat auch Aichinger in seine sonst reflektierte und quellengesättigte Studie übernommen,²⁷ sie ist aber weder sachlich – also hinsichtlich der politisch-ideologischen Ausrichtung Hrdlickas – zutreffend, noch wird sie der tatsächlichen Verfasstheit des kommunistischen Widerstands in den Jahren 1944/45 gerecht, existierte doch zu diesem Zeitpunkt keine zentrale



Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPÖ 1945: Johann Koplenig, Wilhelm Kunst, Josef Lauscher, Hermann Lichtenegger

Leitung mehr. Seit der Zerschlagung der zentralen Leitungsstrukturen durch die Gestapo in den Jahren 1941/42 wurde der kommunistische Widerstand zwar ungebrochen fortgesetzt, die einzelnen Gruppen agierten fortan aber weitgehend autonom. Gewiss waren die KPÖ-Zellen um Verbindungen und eine gewisse Koordinierung ihrer Aktionen bemüht, jedoch ohne weitergehenden Anspruch, ein illegales Zentrum zu etablieren – nicht zuletzt deshalb, weil sich eine solche Zentralisierung als Einfallstor für Konfidenten der Gestapo erwiesen hatte. Nichtsdestoweniger findet sich bei Schärf die Behauptung, dass die „Moskauer Clique“ im April 1945 „die frühere Führungsgarnitur, welche im Dritten Reich den illegalen Kampf geführt hatte, sofort in den Hintergrund gedrängt“ habe.²⁸ Die „Führungsgestalten aus der illegalen Zeit verschwanden rasch“, so Schärf, wobei er – mit Ausnahme von Hrdlicka – jeden Hinweis darauf schuldig bleiben muss, wer denn in der Endphase des Krieges diese angebliche Parteiführung im Untergrund verkörpert habe: „Bei den Kommunisten mußte alles, was während des Krieges im Inland geblieben war, vor den aus Rußland Zurückgekehrten weichen.“²⁹

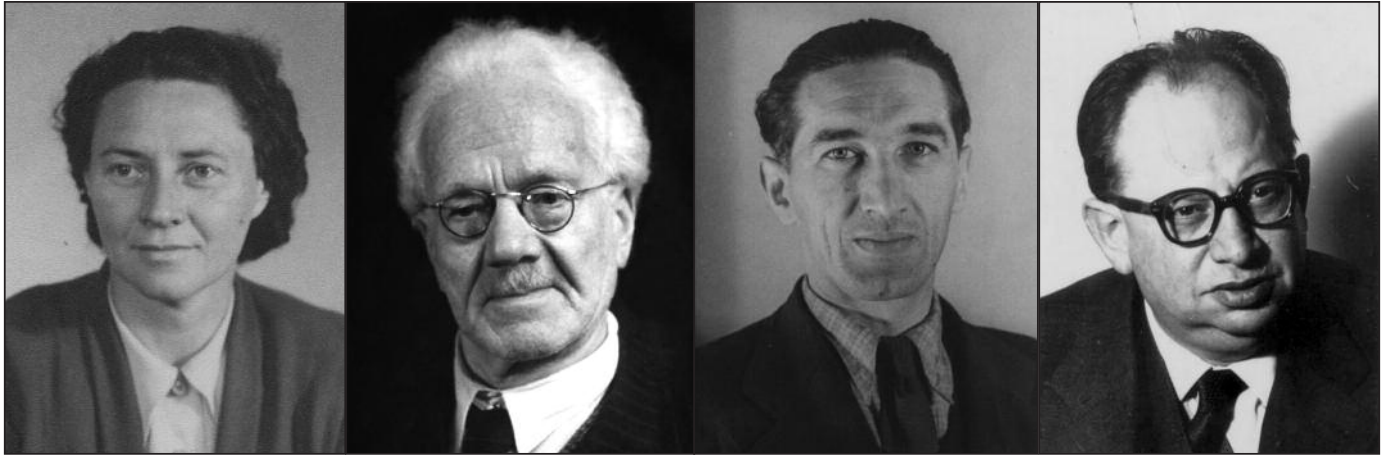
Verwunderlich ist, dass diese am ersten Höhepunkt des Kalten Krieges entwickelten antikommunistischen Klischeebilder über Jahrzehnte unhinterfragt blieben und bis in die jüngere Vergangenheit auch in seriösen wissenschaftlichen Studien kaum an Deutungsmacht eingebüßt haben. So hat die Behauptung von der angeblichen Zurückdrängung des aktiven kommunistischen Widerstands nicht nur in frühere Gesamtdarstellungen der österreichischen Geschichte Eingang gefunden,³⁰ sondern sie dominiert bis heute die einschlägige Forschungsliteratur, ohne dass diese je auf eine Analyse der konkreten Zusammensetzung der damaligen Parteiführung

gestützt worden wäre. Dies betrifft sowohl die Annahme von Manfred Rauchenstein, dass beim Parteaufbau der KPÖ der „kommunistische Untergrund“ keine Berücksichtigung gefunden habe,³¹ den gleichlautenden Befund von Brigitte Bailer-Galanda, dass die „im äußerst opferreichen Widerstand aktiv gewesenen Mitglieder [...] bei der Etablierung der zentralen Parteiführung so gut wie keine oder nur eine untergeordnete Rolle“ gespielt haben,³² als auch die Behauptung von Wolfgang Mueller, dass die „Moskauer Clique“ sowohl die Westemigration als auch jene Kommunisten, „die im Untergrund tätig gewesen waren, [...] von der Parteiführung fern gehalten“ habe.³³ Die Liste ähnlicher Zitate ließe sich fortsetzen, ja kaum eine noch so beiläufige Erwähnung der KPÖ im Jahr 1945 kommt ohne die affirmative Bezugnahme auf die von Adolf Schärf entwickelte Legende aus. In journalistischen Vergrößerungen ist gar davon die Rede, dass die „geeichten“ Kommunisten aus Moskau mit den „selbsternannten KP-Führern“ im Lande „aufgeräumt“ hätten.³⁴ All diese Aussagen entpuppen sich als ein Klischee, das aus der Fixierung auf die KommunistInnen in der O5 resultieren dürfte und die Breite des kommunistischen Widerstands außer Acht lässt.

Tatsächlich waren in allen Gremien der Partei – vom Sekretariat, dem Präsidium und Zentralkomitee über die Landesleitungen bis zu den Bezirksleitungen – und auch im Parteiapparat jene KommunistInnen, die in der NS-Zeit in Österreich im Widerstand gewirkt haben, sichtbar vertreten. Allein die Nennung der kommunistischen Regierungsmitglieder Karl Altmann, Laurenz Genner, Hermann Lichtenegger, Otto Mödlagl und Hella Postraneky reicht aus, um die prominente Einbindung der „KommunistInnen im Lande“ in die Führungsstrukturen der Partei zu veranschaulichen. Die

wichtigste Führungspersönlichkeit des kommunistischen Widerstands in der Parteiführung war Josef Lauscher, der bereits am Parteitag des Jahres 1934 in das Zentralkomitee gewählt worden war und in den Jahren der austrofaschistischen Diktatur als Sekretär des kommunistischen Jugendverbandes (KJV) arbeitete. Lauscher war im Februar 1945 nach sieben Jahren in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen die Flucht aus einem Außenkommando in den Simmeringer Saurer-Werken gelungen. Umgehend begann er in Wien mit dem Aufbau eines Netzes von Verbindungen und wurde zum führenden Kopf des kommunistischen Widerstands in den letzten Kriegsmonaten. Als Mitglied des zunächst nur vierköpfigen Sekretariats gehörte Lauscher von Beginn an dem innersten Führungskreis der KPÖ an und blieb bis 1970 Mitglied des Polbüros. Bis 1969 war er Obmann der Wiener Landesorganisation der KPÖ. Auch der Hinweis auf den Parteigründer des Jahres 1918 und Wiener Vizebürgermeister Karl Steinhardt sowie auf den ÖGB-Vizepräsidenten Gottlieb Fiala belegt die prominente Einbindung des kommunistischen Untergrunds in die KPÖ-Führung des Jahres 1945.

Im 16-köpfigen Präsidium, dem maßgeblichen Leitungsgremium der Monate September 1945 bis April 1946, waren die „KommunistInnen im Lande“ mit neun ExponentInnen (Altmann, Elser, Fiala, Genner, Kunst, Lauscher, Lichtenegger, Postraneky und Steinhardt) sogar in der Mehrheit. Hinzu kamen Horn und Tschofenig, die aus den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau nach Wien zurückgekehrt waren. Damit stellten die fünf „Moskauer“ Remigranten (Fischer, Fürnberg, Honner, Koplenig und Zucker-Schilling) im Führungsgremium der Partei gegenüber den insgesamt elf ExponentInnen des „Unter-



Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPÖ 1945: Hella Postranecky, Karl Steinhardt, Josef Tschofenig, Erwin Zucker-Schilling

grunds“ und Häftlingswiderstands nur eine Minderheit dar, was die Behauptung von der fehlenden Berücksichtigung des Widerstands in der KPÖ-Spitze des Jahres 1945 anschaulich zu widerlegen vermag. Die Legende von der angeblichen Ausschaltung der „KommunistInnen im Lande“ stellt geradezu ein Musterbeispiel dafür dar, wie infolge von Abschreibübungen – auch professoraler Provenienz – ein unhinterfragtes anti-kommunistisches Klischee mehr oder weniger in den Status historischer Wahrheit erhoben wurde.

Parteiführung und Parteibasis

Ein Element dieser Legende besteht darin, an der Parteibasis vorhandene sektiererische Tendenzen nicht nur überzubetonen, sondern diese zu grundlegenden politisch-ideologischen Differenzen über die strategische Ausrichtung der Partei aufzuwerten. So gab es vor allem unter „alten“ KommunistInnen, die vor 1933/34 der Partei beigetreten waren, mancherlei Vorbehalte und Unverständnis über die seit 1935 entwickelte Volksfrontstrategie. Solche nahtlos an die revolutionären Inhalte und Methoden der 1920er Jahre anknüpfenden GenossInnen sprachen sich gegen die Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parteien aus, traten für eine radikale Abrechnung mit *allen* NationalsozialistInnen ein und orientierten auf einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus. Erinnerungsberichten zufolge soll Johann Kopleinig nach der ersten Parteiarbeiterkonferenz in Wien am 13. Mai 1945 „sichtlich niedergeschmettert gewesen“ sein angesichts der in der dortigen Diskussion laut werdenden radikalen Forderungen und revolutionären Phrasen.³⁵ Auch in einer späteren ZK-Sitzung äußerte sich Kopleinig kritisch über jene „alten Kommunisten, die über die 20er Jahre nicht hinausgekommen [...] und mit ihren Reden oft

der Schrecken der Sektionsversammlungen“ seien. Diese „Elemente“ müssten davon überzeugt werden, „dass es heute keinen anderen [...] als den demokratischen Weg“ gäbe.³⁶

Aus diesen zweifelsohne vorhandenen Stimmungen einen grundsätzlichen Gegensatz zu konstruieren zwischen Parteiführung und Parteibasis, ist jedoch ebenso wenig möglich wie eine Projektion dieser Widersprüche in die verschiedenen Parteileitungen. Die „kleinen Radikalinskis“ und starren „Brummbären“³⁷ waren isolierte Erscheinungen in den untersten Parteieinheiten, die sich selbst in den Bezirksleitungen kaum und in den Landesleitungen gar nicht widerspiegelten – sieht man von Johanna („Hanna“) Sturm und Friedrich Frantschitz (Bezirkssekretär von Eisenstadt) in der weniger bedeutenden burgenländischen Landesorganisation ab, die beide 1947 wegen linken Sektierertums zunächst ihrer Funktionen enthoben und dann aus der Partei ausgeschlossen wurden.³⁸ Es war also nicht notwendig, die „linksabweichlerischen“ Kreise „zu entmachten und (zu) disziplinieren“,³⁹ wie Wolfgang Mueller schreibt, da sie an keiner Stelle auch nur in die Nähe realer Machtpositionen gelangten. In den Führungsgremien der Partei spielte solch ein „Überrevolutionismus“⁴⁰ gar keine Rolle.

Insgesamt herrschte in der KPÖ des Jahres 1945 ein breiter Konsens über die im Exil entwickelte „antifaschistisch-demokratische Orientierung“, die auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus auf dem Wege der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften abzielte. Es gab keinen „revolutionären“ Flügel, der sich gegen die „reformistische“ Linie einer angeblichen „Moskauer Clique“ formiert hätte. In der praktischen, nach außen sichtbaren Politik der Partei machte sich die mancherorts anzutreffende revolutionäre Ungeduld einzelner Partei-

mitglieder nicht bemerkbar, auch deshalb, weil selbst sektiererisch motivierte Vorbehalte nur intern geäußert wurden und sich auch „radikale“ GenossInnen in der Regel der Parteidisziplin fügten. Es war deshalb gewiss mehr als eine propagandistische Floskel oder gar eine Beruhigungsstrategie, als im *Pressedienst* der Partei und auch in einem Brief der Parteiführung an Stalin zu lesen war, dass in der KPÖ „eine volle Einigkeit der Anschauungen zwischen Führung und Funktionären der Partei“ herrsche⁴¹ und „innerhalb der Partei keine Gegensätze“ bestünden.⁴²

Dieser Befund wird auch durch eine von der Roten Armee im Frühjahr 1946 ausgemachte „rechte Strömung“ im Burgenland⁴³ nicht relativiert, basierte diese Wahrnehmung doch allein auf politischen und persönlichen Konflikten im Landessekretariat zwischen dem Landesobmann Otto Mödlagl und Landessekretär Robert Rosak, die mit der Ablösung beider Kontrahenten beigelegt wurden.⁴⁴ Auch hier kam es zu keiner Formierung einer innerparteilichen Opposition. Im Spätsommer 1946 konnte festgestellt werden, dass die in der Wiener Landesorganisation „noch vorhandenen Sektierer“, die „von einer kleinen aber feinen Partei schwärmen“, nur noch am Rande eine Rolle spielen würden.⁴⁵ Es ist also nicht nur überzogen, sondern schlichtweg falsch, von „parteiinternen ideologischen Spannungen“ im Jahr 1945 zu sprechen, die aus den unterschiedlichen Zielsetzungen der „ehemals illegalen Parteianhänger und einer aus der Sowjetunion heimkehrenden Parteiführung“ resultiert sein sollen.⁴⁶ Auch die angeblich „unüberbrückbaren Spannungen zwischen den im illegalen Kampf im Land aktiv gewesenen Parteigängern und [...] Emigranten aus Moskau“, von denen Gerhard Jagschitz zu berichten weiß,⁴⁷ sind nicht mehr als ein

auf schmalster Quellenbasis kreierter Mythos. Es ist auch kein Zufall, dass die genannten AutorInnen Belege für diese „unüberbrückbaren“ Differenzen schuldig bleiben, finden sich doch in den historischen Quellen keine Hinweise auf solch eine *generelle* Konfliktlinie. Es gab zwar vereinzelte sektiererische Vorbehalte, aber keine Gegenkonzeption zur Politik der Führung der KPÖ, kamen doch die „ultraradikalen“ Stimmen selbst an der Parteibasis kaum über ein „Murren“ hinaus. Diese Haltung fand nirgendwo eine organisierte Plattform und nicht den kleinsten publizistischen Ausdruck, und es kann nicht ein prominentes Parteimitglied namhaft gemacht werden, das sich zum Sprachrohr solcher Stimmungen gemacht und eine Gegenposition zur „volksdemokratischen“ Generallinie der KPÖ formuliert hätte. Liest man demgegenüber die in einer Diplomarbeit aus dem Jahr 1997 getroffene „Analyse“, wonach die KPÖ „im Lauf der vierziger Jahre von dem ständig schwelenden Konflikt zwischen der radikal antifaschistischen Basis und der liberal-demokratischen Führung aufgegeben und ideologisch entfremdet“ worden sei,⁴⁸ fühlt man sich unweigerlich an die neuerdings von US-Präsident Donald Trump ins Treffen geführten „alternativen Fakten“ erinnert.

Vom 12. zum 13. Parteitag

Als für den 19. bis 22. April 1946 der 13. Parteitag einberufen wurde, stand die KPÖ vor der Aufgabe, ein repräsentatives Zentralkomitee zu wählen, das der Breite und dem veränderten Charakter der Partei seit 1945 Rechnung trug. Es spielte dabei keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle, an die am 12. Parteitag im September 1934 oder auf der Reichskonferenz im August 1937 gewählten Parteiführungen anzuknüpfen. Vor allem die am Prager Parteitag gewählte Führung bot bei der Neubildung des Zentralkomitees keinen Orientierungspunkt, zumal diese bereits zeitgenössisch aufgrund der Bedingungen der Illegalität, zahlreicher Verhaftungen und der räumlichen Entfernung seiner Mitglieder praktisch keine Rolle spielte und im Juni 1935 und im Jänner 1936 zu nur zwei Sitzungen zusammentrat. Auch das auf der Reichskonferenz des Jahres 1937 neu gewählte Zentralkomitee tagte nur zwei Mal – im August 1938 und im Juni 1939 in Paris – und konnte somit nie die Funktion eines tatsächlichen Führungsgremiums wahrnehmen. Zum jeweiligen Zeitpunkt dieser vier Tagungen war die gewählte Zusammensetzung des Zentral-



Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 23. September 1945 (von links): F. Honner (am Pult), L. Genner, E. Zucker-Schilling, H. Lichtenegger, O. Horn, V. Elser, J. Kopenig, J. Lauscher, E. Fischer, K. Altmann, H. Postranecy

komitees infolge von Verhaftungen, Ausschlüssen und Enthebungen bereits vielfach überholt. So wurde in einer Ende 1935 erstellten Kaderanalyse festgehalten, dass drei Mal fast ein gesamtes Zentralkomitee kooptiert werden musste, wobei de facto die anwesenden „Teilnehmer bestimmter Konferenzen“ zu ZK-Mitgliedern erklärt worden seien. Von den solcherart kooptierten sei jedoch „niemand übrig“ geblieben, da sich unter ihnen auch „viele schlechte Elemente“ befunden hätten.⁴⁹ Manche in der Praxis führende Parteifunktionäre wiederum – wie etwa Erwin Puschnann – gehörten formal nie dem Leitungsgremium der KPÖ an, wurden aber den entscheidenden Sitzungen des (erweiterten) Politischen Büros der Partei beigezogen. In den Kriegsjahren war keine ZK-Sitzung möglich bzw. war das Zentralkomitee in seiner 1937 gewählten Zusammensetzung obsolet geworden.

Es entsprach also allein den Zweckmäßigkeiten des kommunistischen Politik- und Organisationsverständnisses, als Parteisekretär Friedl Fűrberg im Jahr 1946 am 13. Parteitag die Vorstellung entwickelte, das 1934 gewählte Zentralkomitee hätte bis 1945 als einheitliches Spitzengremium agiert und „die politische Linie der Partei erarbeitet“.⁵⁰ Ein wichtiger Bestandteil dieser den hierarchischen Parteaufbau legitimierenden Konstruktion war der im September 1945 begründete Mythos von den „Helden des Zentralkomitees“, die dem Kampf gegen den Faschismus zum Opfer gefallen waren. In der im September 1945 erstmals herausgegebenen Broschüre „Unsterbliche Opfer“ war zu lesen, dass sich an der Spitze des anti-

faschistischen Widerstandskampfes „das kampfgestählte Zentralkomitee als oberste Führung der Partei“ befand, hinter dem „geschlossen die Funktionäre und Mitglieder der Partei im Kampf um Österreichs Freiheit“ standen.⁵¹ Die zwölf hingerichteten bzw. in den Jahren der NS-Diktatur umgekommenen Führungsmitglieder waren bis in die 1990er Jahre auf einer Doppelseite in den Mitgliedsbüchern der Partei präsent, was die große identitätsstiftende Bedeutung des solcherart „hierarchisierten“ Widerstandskampfes belegt. Zwar handelte es sich bei den zwölf „Helden“ in der Tat um kommunistische Führungspersönlichkeiten, jedoch nicht um solche, die – wie am 13. Parteitag von Johann Kopenig und Friedl Fűrberg behauptet – am letzten Parteitag im September 1934 ins Zentralkomitee gewählt worden waren.⁵² Zwar wurden die Namen der 30 ZK-Mitglieder des Prager Parteitags (21 Vollmitglieder, neun KandidatInnen) nicht veröffentlicht, mit Sicherheit lässt sich jedoch nur von vier der zwölf „Helden“ – Oskar Grossmann, Hermann Köhler, Franz Schuster und Josef Teufl – behaupten, dass sie bei dieser Tagung tatsächlich ins Zentralkomitee gewählt worden sind.⁵³

Der Tatsache Rechnung tragend, dass die letzte von einer Delegiertenkonferenz legitimierte Parteiführung nicht im Jahr 1934, sondern im August 1937 auf der ebenso in Prag stattfindenden Reichskonferenz gewählt wurde, schrieb Franz West im Jahr 1952 im Theorieorgan der Partei, dass hier jenes Zentralkomitee etabliert worden sei, „das bis zum 13. Parteitag im Jahre 1946 [...] den Kampf der Partei in ihrer schwersten

Zeit leitete und aus dessen Reihen dreizehn der Besten im Kampf für Österreichs Unabhängigkeit gefallen sind“.⁵⁴ Aus konspirativen Gründen wurden zwar auch die Namen der Mitglieder dieses im Umfang verkleinerten Zentralkomitees nicht veröffentlicht, aus Moskauer Archivalien über die KPÖ geht jedoch hervor, dass sich unter den 20 von der Reichskonferenz gewählten ZK-Mitgliedern gar nur zwei der zwölf „Helden“ befinden, nämlich Hermann Köhler und Ferdinand Strasser.⁵⁵ Willi Frank (1935), Leo Gabler (1929 und 1931), Alfred Klahr (1932 und 1935) und Anton Reisinger (1925) wurden zu einem früheren Zeitpunkt entweder in das Zentralkomitee gewählt oder kooptiert. Erwin Puschmann, Franz Sebek und Hedy Urach dürften zu keinem Zeitpunkt dem zuletzt im Juni 1939 tagenden Gremium angehört haben, sondern wurden entweder als repräsentative Führungspersönlichkeiten der Inlandsleitung der Partei oder als Mitglieder des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes in den „Kanon“ der Helden des Zentralkomitees integriert.⁵⁶

Von den 20 auf der Prager Reichskonferenz im Jahr 1937 gewählten ZK-Mitgliedern gehörten letztlich acht auch dem am 13. Parteitag im April 1946 gewählten Zentralkomitee als Mitglied an, nämlich Ernst Fischer, Friedl Fürnberg, Franz Honner, Johann Kopleinig, Wilhelm Kunst, Hermann Lichtenegger, August („Gustl“) Moser und Erwin Zucker-Schilling. Josef Kohl wurde Kandidat und schied bereits 1948 wieder aus. Es gab aber keinen Automatismus, ausschlaggebend war vielmehr die konkrete Funktion in der reorganisierten KPÖ bzw. ihrem Umfeld. Franz West etwa, der 1935 kooptiert und 1937 in das Zentralkomitee gewählt worden war und in den Jahren des Exils als Präsident des *Austrian Centre* in London und des *Free Austrian World Movement* fungierte, wurde erst 1948 wieder ZK-Mitglied. Hans Pointner – 1935 kooptiert, 1935/36 Mitglied des Inlandssekretariats der Partei und auf der Reichskonferenz 1937 als ZK-Mitglied bestätigt – wurde erst am 15. Parteitag im Jahr 1951 Kandidat und am 16. Parteitag im Jahr 1954 auch wieder Vollmitglied des Zentralkomitees. Dies gründete aber in keiner Zurücksetzung seiner Person, sondern darin, dass er erst knapp vor dem Parteitag 1946 provisorisch mit der Funktion des burgenländischen Landessekretärs betraut worden war und mit Vinzenz Böröcz (Landesobmann von 1946 bis

1981) ein anderer Vertreter dieser kleinen Landesorganisation als Kandidat in das KPÖ-Führungsgremium einzog. Insgesamt waren 13 der 20 im Jahr 1937 gewählten ZK-Mitglieder (neben den bereits Genannten noch die zu einem späteren Zeitpunkt gewählten Johann Lechner und Johann Täubl) auch nach 1945 wieder Angehörige der kommunistischen Parteiführung. Zwei weitere (Köhler und Strasser) wurden hingerichtet, vier ehemalige Parteiführer spielten trotz fortwährender Mitgliedschaft nach 1945 entweder eine untergeordnete (Leopold Hagmüller, Raimund Huber, Walter Landgraf) bzw. keine Rolle (Konrad Bucher) im Parteileben. Über den 1937 als Vertreter der kommunistischen Sportler gewählte Kollitsch, der bald darauf verhaftet wurde, verliert sich bereits 1938 die Spur. Nimmt man die 30 am Parteitag des Jahres 1934 gewählten Mitglieder und KandidatInnen zum Vergleich, so gehörten ebenso 13 von ihnen in der Zweiten Republik erneut dem Zentralkomitee an (darunter – über die bereits Genannten hinaus – Oscar Deubler, Friedrich Hexmann, Fritz Lauscher, Anton Neuhauser und Ditto Pözl). Zwar fielen dem Staatsterror in der Sowjetunion auch Mitglieder des Parteivorstands der KPÖ zum Opfer, etwa der Arbeiterkammerrat und Wiener Parteisekretär Alois Ketzlik, der von 1923 bis 1925 und 1927 bis 1933 der KPÖ-Führung angehört hatte. Unter diesen befand sich aber kein im Jahr 1937 gewählter Angehöriger der Parteiführung und mit Ernst Reiterer nur ein ZK-Mitglied, das am Parteitag 1934 gewählt (und 1935 wieder enthoben) worden war.⁵⁷ Ganz im Unterschied zur KPD und anderen kommunistischen Parteien war die Führung der KPÖ damit vom Stalin-Terror kaum betroffen.

Das Zentralkomitee der KPÖ des Jahres 1946

Im Vergleich zu späteren Jahren war das am 13. Parteitag im April 1946 gewählte Zentralkomitee mit 39 Mitgliedern und 13 KandidatInnen zwar ein relativ kleines, aber dennoch vor allem repräsentatives Gremium, das in der Praxis kaum jene Führungs- und Leitungsfunktion ausüben konnte, die das Statut für die höchste Instanz der KPÖ nach dem Parteitag vorsah. Die Zugehörigkeit zu diesem Gremium war demgemäß nicht mit der Teilhabe an der realen Führungsmacht der Partei verbunden. Ein solcher Einfluss war erst in Verbindung mit anderen Funktionen – entweder in der Partei oder im öffentlichen Leben – gesi-

chert. Das Zentralkomitee trat in der Regel im Abstand von zwei bis vier Monaten zusammen, in Ausnahmefällen lagen fünf bis sechs Monate zwischen den Tagungen. Im Jahr 1950 gab es gar nur zwei Sitzungen (im Februar und Oktober). Insgesamt fanden zwischen dem 13. und 14. Parteitag acht ZK-Plena statt, zwischen dem 14. und 15. Parteitag zehn und zwischen dem 15. und 16. Parteitag schließlich neun. Nicht zuletzt aufgrund seiner Größe nahm das Zentralkomitee den Charakter eines „Partei parlaments“ an. Es ähnelte stärker einem Deklamationsorgan zur Bestätigung der vom Polbüro entwickelten politischen Linie denn einem eigenständigen politischen Diskussions- und Entscheidungsgremium. Da das Polbüro aufgrund seiner „Körperschaftsdisziplin“ im Plenum stets einheitlich auftrat und vorangegangene Meinungsverschiedenheiten vor den ZK-Mitgliedern nicht publik gemacht wurden, wurden die Diskussionsspielräume weiter eingeengt. Aufgrund der „geschlossenen Front des Polbüros [...] war das Plenum faktisch nur eine Staffage, eine Attrappe der Demokratie“, so Walter Fischer (ZK-Mitglied bis 1965) rückblickend.⁵⁸ Nur in den krisenhaften Jahren 1956/57 und 1968/69, als auch im Zentralkomitee ein offener Meinungsaustausch stattfand, wurde das Führungsgremium der Partei politisch aufgewertet.

Die Zusammensetzung der Zentralkomitees soll nachfolgend nach verschiedenen quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten ausgewertet werden, wobei – um das Zahlenmaterial nicht weiter zu komplizieren – die 39 Mitglieder und 13 KandidatInnen als Einheit in Betracht gezogen werden. Berücksichtigt werden etwa die Dauer der Zugehörigkeit zur Partei und das vorangegangene Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei, der Anteil von Männern und Frauen, die verschiedenen Lebenswege und Erfahrungshintergründe in den Jahren der NS-Diktatur oder etwa die Ebene der Repräsentanz der einzelnen Mitglieder. So wurden bei der Auswahl der insgesamt 52 Mitglieder und KandidatInnen des Zentralkomitees auch verschiedenen regionalen Gesichtspunkten und der möglichst breiten Einbindung von ExponentInnen wichtiger kommunistischer Politikfelder Rechnung getragen. Ausgesprochen stark vertreten waren die insgesamt elf kommunistischen GewerkschaftsfunktionärInnen, von denen acht im ÖGB oder in der Arbeiterkammer beschäftigt waren. Überraschen mag der geringe Frauenanteil, betrug dieser doch nur

13,5% (vier Mitglieder, drei Kandidatinnen). Weniger überraschend ist, dass 30 Wiener ParteifunktionärInnen im Zentralkomitee in der Mehrheit waren. Insgesamt kamen 35 der 52 ZK-Angehörigen aus der sowjetischen Zone (darüber hinaus noch vier aus der niederösterreichischen Landesorganisation, einer aus dem Burgenland) und 17 aus den westlichen Bundesländern (6 Steiermark, 3 Kärnten, 3 Oberösterreich, 2 Vorarlberg, 2 Salzburg, 1 Tirol). Signifikant war die Dominanz der Parteiangestellten im Zentralkomitee, waren doch insgesamt 30 von ihnen (58%) in den verschiedenen Strukturen und Apparaten der KPÖ beschäftigt (13 zentral, 14 in den Ländern, zwei in der Parteipresse, einer in der FÖJ). In beruflicher Hinsicht war das Zentralkomitee damit von KPÖ-, ÖGB- und AK-Angestellten geprägt. Nicht diesen beiden Gruppen zuzuordnen sind allein Bundesminister Karl Altman und Viktor Matejka als Wiener Stadtrat für Kultur und Volksbildung, sowie Franz David, der als Chefarzt der Wiener Gebietskrankenkasse arbeitete, die Gewerkschafterin Leopoldine („Lisl“) Kummer als Fürsorgerin der Gemeinde Wien und die drei Bundesbahnbediensteten Hermann Lichtenegger, Josef Peskollar und Karl Zmek.

Beträchtlichen Anteil an der Parteiführung hatten ehemalige SozialdemokratInnen, die nach dem Februar 1934 zur KPÖ gestoßen waren, entwickelte sich die KPÖ doch erst in diesem Zuge zu einem relevanten Faktor in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. Nach dem 12. Parteitag im September 1934 gehörten 48% „neue“ Parteimitglieder dem Zentralkomitee an.⁵⁹ Dieser Anteil sank nach der Reichskonferenz im August 1937 auf 30%, nachdem durch eine Verkleinerung des Zentralkomitees das Gewicht der seit den 1920er Jahren „bewährten“ Parteiführer wieder gestärkt wurde. Von den 52 ZK-Angehörigen des Jahres 1946 wiederum waren 23 vor dem Februar 1934 der KPÖ beigetreten (44%). Zwölf von ihnen (23%) waren bereits in der Gründungsphase der KPÖ, also in den Jahren 1918 bis 1920, Mitglied der Partei. Ein Sonderfall ist Wilhelm Kunst, der der KPÖ zwar bereits seit ihrer Gründung im Jahr 1918 angehörte, 1921 aber zur Sozialdemokratie übergang und 1934 erneut zur KPÖ stieß, in deren Zentralkomitee er 1937 nominiert wurde. Damit stellten die „neuen“ Parteimitglieder die Mehrheit im 1946 gewählten Führungsgremium: 20 ZK-Mitglieder (38%) wa-



Die KPÖ-Führung am 1. Mai 1947 vor dem Parlament (v.l.): Anton Neuhauser, dahinter Rudolf Richter, Heinrich Fritz, dah. Otto Brichacek, Gottlieb Fiala, dah. Hermann Lichtenegger, Karl Altmann, dah. Josef Tschofenig und Josef Lauscher, Johann Koplenig, Ernst Fischer, Friedl Fürnberg, Karl Steinhardt, Franz Honner, dah. Franz David, Hella Postranecky, dah. Viktor Matejka, Erwin Zucker-Schilling, Wilhelm Kunst

ren nach dem Februar 1934 von der SDAPÖ zur KPÖ übergetreten, in den Jahren der NS-Zeit schlossen sich weitere sechs ehemalige SozialdemokratInnen (12%) dem kommunistischen Widerstand an (darunter Elser, Genner, Postranecky, der Zentralsekretär der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Egon Kodicek und der St. Pöltner Gewerkschaftssekretär und Stadtrat Stephan Raidl). Die erst seit dem April 1945 zur KPÖ gestoßenen ParteigängerInnen waren mit drei Mitgliedern (6%) im Zentralkomitee vertreten: der bis dahin als Linkskatholik geltende Viktor Matejka, der – für viele überraschend – im April 1945 der KPÖ beitrug, dann Max Haller, Bregenzer Vizebürgermeister und Mitglied des provisorischen Landesauschusses von Vorarlberg, der im Juni 1945 zur KPÖ kam, und zuletzt die ehemalige sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Marie Köstler, die in England Vorsitzende einer sozialdemokratischen Exilgruppe war, die – im Gegensatz zum *Londoner Büro der österreichischen Sozialisten* – zur Kooperation mit dem kommunistischen Exil bereit war. Ihrem Antrag auf Wiederaufnahme in die SPÖ wurde im Jänner 1946 vom Parteivorstand die Zustimmung verweigert, worauf sie sich am 7. Februar 1946 öffentlichkeitswirksam mit einem offenen Brief an die SPÖ-Mitglieder wandte und der KPÖ beitrug.⁶⁰ In Summe gehörten damit – inklusive dem erwähnten Wilhelm Kunst – 26 ehemalige SozialdemokratInnen, die nach 1934 zur KPÖ gestoßen waren, dem Zentralkomitee der KPÖ an. Bezieht man auch Otto Bricha-

cek und Franz Haider, die bereits 1933 ihren Weg in die KPÖ gefunden hatten, in diese Bilanz des Übergangs mit ein, so steigt deren Prozentanteil von 50 auf 54. Nicht zu vergessen, dass in Summe 38 der 52 ZK-Angehörigen (73%) am Beginn ihrer politischen Entwicklung einer sozialdemokratischen Organisation angehört hatten. Zwölf waren direkt und ohne Umwege zur kommunistischen Bewegung gestoßen. Nur Haller und Matejka hatten in den 1930er Jahren der *Vaterländischen Front* angehört.

Eine Bestätigung findet der bereits im Zusammenhang mit dem Parteipräsidium festgestellte Befund: RemigrantInnen, WiderstandskämpferInnen im Lande und RückkehrerInnen aus Gefängnissen und Konzentrationslagern waren im ersten nach der Befreiung gewählten Zentralkomitee angemessen vertreten, quantitativ in annähernd gleichen Gewichten. Der zahlenmäßigen Aufschlüsselung sei eine einschränkende Bemerkung vorangestellt: Um das politische Profil des KPÖ-Kaders noch tiefergehend bestimmen zu können, wären über die Mitglieder des Zentralkomitees hinaus die leitenden ParteifunktionärInnen in weiteren Strukturen und Ebenen in die Analyse einzubeziehen: etwa die Landesobmänner und Landessekretäre, die Mitglieder der Landesleitungen, Bezirksobmänner und Bezirkssekretäre, die wichtigsten Mitglieder der Bezirksleitungen, die MitarbeiterInnen des Parteiapparats, das Führungspersonal der Vorfeldorganisationen oder die in den Parteimedien tätigen JournalistInnen. Auch aus einer solchen noch zu leistenden



Mitglieder der engeren Parteiführung nach 1945: Heinrich Fritz, Otto Brichacek, Friedrich Hexmann, Franz Marek

Analyse wird sich aber – so viel sei vorweggenommen – schwerlich eine Zweitrangigkeit jener ParteifunktionärInnen ableiten lassen, die in Österreich gegen die faschistische Diktatur gekämpft hatten, inhaftiert gewesen waren oder die NS-Zeit in der westlichen Emigration verbracht hatten. Festzuhalten ist auch, dass die unterschiedlichen, auch langfristig wirksam bleibenden Prägungen zwar zu Spannungen führen konnten, sich in der KPÖ aber nicht zu einer Kluft zwischen abgrenzbaren Gruppen vertieften. Es kann sich bei dieser Dreiteilung demgemäß nur um eine Hilfskonstruktion handeln, um unterschiedliche Erfahrungshorizonte deutlich zu machen, in der Realität liegen aber Überschneidungen und Unschärfen und keine homogenen Gruppenidentitäten vor: Kommunistische Spanienkämpfer, die nach Ende des Bürgerkriegs in französischen Lagern interniert und danach in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden, sind etwa genauso als Exilanten zu werten wie jene, die erst nach dem März 1938 vertrieben wurden und bis 1945 oder länger im Exil blieben. In den in diesem Beitrag vorgenommenen Auswertungen werden sie aber den KZ-Häftlingen zugeordnet. Letztere wiederum sind qualitativ nicht dem „Widerstand im Lande“ gegenüberzustellen, weil die kommunistischen Häftlinge auch in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen ihren antifaschistischen Widerstand in vielfältigen Formen fortsetzten. Zudem hatten sich KommunistInnen, die von der NS-Justiz zu Haftstrafen verurteilt oder von der Gestapo in Konzentrationslager eingewiesen wurden, zuvor im antifaschistischen Widerstand betätigt. Jene, die nach Ablauf ihrer Haftstrafe aus dem Zuchthaus entlassen wurden, setzten die illegale politische Arbeit fort, ebenso wie jene, die bereits vor 1945 wieder aus den Kon-

zentrationenlagern freikamen. Die „KommunistInnen im Lande“ und die kommunistischen Häftlinge sind deshalb zwei Personenkreise, die sich in mehreren Punkten überschneiden. Auch sind Differenzierungen innerhalb dieser Personenkreise nicht zu vernachlässigen: dies betrifft sowohl die divergierenden Exilerfahrungen in den jeweiligen Zufluchtsländern, die unterschiedlichen Lagererlebnisse und Zuchthauserfahrungen und die vielfältigen und abgestuften Formen antifaschistischen Widerstands, den die im Lande verbliebenen KommunistInnen leisteten.

Im Zentralkomitee der KPÖ waren die in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen Inhaftierten mit 17 GenossInnen präsent (33%), was die Behauptung des ÖVP-Politikers Lois Weinberger widerlegt, wonach die kommunistischen KZ-Häftlinge „nichts mehr zu reden“ gehabt hätten, nachdem „die in Moskau geschulte erste Garnitur nach Österreich geflogen war“.⁶¹ Unter diesen 17 befanden sich vier KZ-Häftlinge mit Exilerfahrung (Josef Tschofenig in Belgien, Heinrich Fritz in Spanien, Belgien und Frankreich und die beiden weiteren Spanienkämpfer Hermann Langbein und Alois Peter), und sieben Personen, die vor oder nach ihrer Haft über einen längeren Zeitraum illegale Arbeit in Österreich leisteten und vor diesem Hintergrund auch den WiderstandskämpferInnen „im Lande“ zugerechnet werden müssten (etwa Anna und Franz Haider, Josef Lauscher und Anton Neuhauser). 14 weitere Mitglieder und KandidatInnen des Zentralkomitees (27%) waren in der NS-Zeit durchgängig in Österreich. Mit einem Anteil von 60% befanden sich also die „KommunistInnen im Lande“ und die inhaftierten GenossInnen im Zentralkomitee sogar in der Mehrheit.

Ins Reich der Legenden und Klischees zu verweisen ist die von Dieter Binder

und Ernst Bruckmüller konstruierte „besondere parteiinterne Kontrolle“ für jene Führungsmitglieder, die nicht im sowjetischen Exil waren, gehen die Autoren doch von einer für die kommunistischen Führungsmitglieder typischen „Moskauer“ Normbiographie aus, die – wie sie schreiben – auf einem „lückenlos kontrollierbaren Kaderakt“ basierte. Aufgrund dieser Fixierung auf die „Moskauer“ werden alle anderen kommunistischen Führungspersönlichkeiten von Binder und Bruckmüller – ganz im Jargon der Fraktionskämpfe der 1920er Jahre – zu „Funktionäre(n) mit einer abweichenden Biographie“ gestempelt.⁶² Auch die Behauptung von Roman Sandgruber, dass die KPÖ im Jahr 1945 aus jenen Kadern geformt worden sei, die in Moskau „auf ‚Linie‘ gebracht“ worden wären,⁶³ lässt bereits in ihrer Wortwahl erkennen, dass der Autor stärker von ideologisch geprägten Vorurteilen denn von analytischen Interessen angetrieben wurde.

Die in der Forschungsliteratur viel strapazierten „Moskauer Kader“ waren im Zentralkomitee des Jahres 1946 mit zwölf ExponentInnen (23%) vertreten. Richtig ist, dass RemigrantInnen aus westlichen Exilländern in den Führungsgremien der Partei 1945 zunächst nicht präsent waren, was allein in den schwierigen Bedingungen ihrer Rückkehr nach Österreich begründet lag. Danach bekleideten WestemigrantInnen sowohl in den Führungsgremien, als auch im zentralen Parteiapparat, in den Landesorganisationen, in der Parteipresse und den befreundeten Organisationen der KPÖ wichtige Positionen. Auch der zutreffende Hinweis auf die Dominanz der Westemigranten im Wirtschaftsapparat der Partei vermag nicht die Tatsache zu verdecken, dass RemigrantInnen aus westlichen Exilländern in den Führungsgremien der Partei und im Parteiapparat stark vertreten waren. Es gab keine „Aufgabenteilung“ zwischen dem

sowjetischen Exil und der Westemigration, wonach erstere die politische Führung der Partei übernahm und zweiterer im Gegenzug der Wirtschaftsapparat überlassen wurde. Da zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr die meisten Positionen schon besetzt waren, mussten mancherorts FunktionärInnen der „ersten Stunde“ den ExilantInnen weichen. So wurden die in der englischen Emigration führenden *Young Austria*-Funktionäre Otto Brichacek und Herbert Steiner im Jänner 1946 zum Vorsitzenden bzw. Bundessekretär der FÖJ gewählt. Der bisherige Vorsitzende Franz Danimann war fortan als Stellvertreter aktiv.⁶⁴

Von den insgesamt 20 RemigrantInnen, die 1946 ins Zentralkomitee gewählt wurden (38%), kamen acht aus westlichen Exilländern: drei aus Großbritannien (Otto Brichacek, Marie Köstler, Willy Scholz), jeweils zwei aus Frankreich (Egon Kodicek, Franz Marek) und Skandinavien (Franz Loistl, Gustl Moser) sowie einer aus der Schweiz (Theodor Maller). Die Behauptung von Josef Toch, wonach „nur ganz wenige ‚Westler‘ [...] in höhere politische Positionen“ der Partei gelangten,⁶⁵ findet demgemäß keine Bestätigung. Und selbst als im Zuge der Schauprozesse in Osteuropa in den Jahren 1949 bis 1953 auch in der KPÖ eine „bestimmte Reserve“ gegen die Westemigration spürbar wurde,⁶⁶ gab es weder in der Parteispitze noch in den untergeordneten Leitungen Maßregelungen – ganz im Unterschied zur SED und KPD, wo es zu zahlreichen Funktionsenthebungen und Parteiausschlüssen kam und am KPD-Parteitag im Jahr 1951 fünf von sieben Sekretariatsmitglieder ausgetauscht wurden. Auch einer sowjetischerseits ausgesprochenen Empfehlung, sich „von zweifelhaften Personen“ in der Parteiführung „aus der westlichen Emigration zu befreien“,⁶⁷ kam die Parteiführung der KPÖ mit einer Ausnahme nicht nach. So wurde im März 1953 der Ausschluss Brichaceks aus der Partei und die Enthebung von Herbert Steiner als Kandidat des Zentralkomitees beschlossen.⁶⁸ Diese Maßnahmen werden zwar mancherorts mit dem Slánský-Prozess in Verbindung gebracht,⁶⁹ sie resultierten jedoch aus innerorganisatorischen Problemen der FÖJ, vor allem aus dem Bekanntwerden einer geheimen Kasse im März 1952. Als Vorsitzender der FÖJ war der damals 37-jährige Brichacek aber schon im November 1951 aus Altersgründen ausgeschieden und als Bezirkssekretär in den 2. Wiener Gemeindebezirk gewechselt⁷⁰ – vier Monate bevor die Affäre um die „schwarze Kasse“ der FÖJ ins Rollen kam.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass vier in den 1920er bzw. 1930er Jahren führende KPÖ-Funktionäre, die nach 1938 im Parteauftrag ins skandinavische Exil gingen, nach 1945 zwar wieder wichtige Funktionen bekleideten, mit Ausnahme von Gustl Moser aber nicht in die engere Parteiführung einbezogen wurden: Oscar Deubler, Mitglied des Parteivorstands von 1921 bis 1924 und wieder ab 1934, 1922 kurzzeitig Organisationssekretär der Partei und im Austrofaschismus Leiter der Zentralkommission zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, war von 1946 bis 1961 Sekretär des ÖGB, wurde aber erst 1957 wieder in das Zentralkomitee gewählt. Johann (Hans) Täubl, der Deubler von 1961 bis 1970 als ÖGB-Sekretär folgte, war seit 1931 Mitglied des Zentralkomitees und bis 1935 Organisationssekretär der Partei. Nach 1945 war er stellvertretender Vorsitzender der Landesexekutive des ÖGB Niederösterreich, wurde aber erst 1954 zum Kandidaten und 1957 wieder zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt. Franz Loistl war seit 1931 Sekretär der Wiener Stadtleitung und auch in der Illegalität Mitglied der Inlandsleitung der Partei. Nach seiner Rückkehr aus Schweden arbeitete er zunächst als Wahlkreissekretär der KPÖ in Niederösterreich, seit 1949 bis zu seinem frühen Tod im Jahr 1956 war er Zentralbetriebsratsobmann im für die Parteiarbeit wichtigen Zistersdorfer Erdölgebiet. Dem Zentralkomitee gehörte er seit 1946 an. Johann Lechner, der 1934 als junger Betriebsarbeiter in das Zentralkomitee kam und auch auf der Reichskonferenz im Jahr 1937 wiedergewählt wurde, war 1948 kurzzeitig Vizepräsident der neu konstituierten niederösterreichischen Arbeiterkammer und über Jahrzehnte Betriebsrat bei Semperit in Wimpasing. Er wurde 1948 Kandidat und 1957 wieder Mitglied des Zentralkomitees.

Erst zu einem späten Zeitpunkt kehrten auch zwei weitere hochrangige Parteifunktionäre der Ersten Republik in das höchste Führungsgremium der Partei zurück: Richard Schüller, Sekretär des KJV in seiner Gründungsphase und von 1922 bis 1928 Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, war von 1928 bis 1933 Chefredakteur der *Roten Fahne* und seit 1929 Mitglied des Zentralkomitees, aus dem er im November 1933 wegen inhaltlicher Differenzen ausscheiden musste.⁷¹ Aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrt, übernahm er 1947 die Leitung der oberösterreichischen Parteizeitung *Neue Zeit*. 1948 wur-

de er zunächst Kandidat und 1951 Vollmitglied des Zentralkomitees. Leopold Hornik wurde bereits 1921 erstmals in den damaligen Parteivorstand gewählt. 1936 unter den Bedingungen der Illegalität kurzzeitig in das Zentralkomitee kooptiert, war er bis 1940 Leiter der Parteigruppe im englischen Exil. Nunmehr als Gewerkschaftsredakteur der Parteipresse tätig, wurde er 1957 in das Zentralkomitee der KPÖ gewählt.

Die engere KPÖ-Führung ab 1946

Laut dem neu beschlossenen Statut wählten die Parteitagsdelegierten zunächst das Zentralkomitee als höchstes Führungsgremium der Partei. In einem gesonderten Wahlgang wurden vom Parteitag auch der Vorsitzende (Koplenig) und der erste Sekretär (Fürnberg) direkt gewählt. Die Wahlen fanden 1946 offen statt, erst infolge einer Statutenänderung am 14. Parteitag wurden 1948 – zum ersten Mal in der Geschichte der KPÖ – sowohl das Zentralkomitee als auch der Vorsitzende und Generalsekretär in gesonderten geheimen Abstimmungen gewählt.⁷² Bestätigt wurden in der konstituierenden ZK-Sitzung am 23. April 1946 die drei stellvertretenden Vorsitzenden Honner, Tschofenig und Postranecky (nach ihrer Heirat mit dem Bundesminister für Energiewirtschaft und Energiewirtschaft Karl Altmann im August 1947 Altmann-Postranecky). Ab 1948 wurden – bis zum 29. Parteitag im März 1994 – keine stellvertretenden Parteivorsitzenden mehr gewählt. Dem Zentralkomitee oblag es auch, die engere Parteiführung aus seiner Mitte zu wählen, die bis 1990 in Gestalt des Politischen Büros das eigentliche Machtzentrum der KPÖ darstellte. Unter dieser Bezeichnung pendelte sich das Polbüro allerdings erst 1954 in einer praxistauglichen Größe mit zehn bis zwölf Mitgliedern ein. Bis dahin agierten verschiedene Foren mit wechselnden Bezeichnungen und in unterschiedlicher Größe als engere Parteiführung: Am 13. Parteitag im April 1946 wurden zunächst das bisherige 16-köpfige Präsidium und das achtköpfige Sekretariat abgeschafft und durch ein so genanntes „Politisches Sekretariat“ (auch Politsekretariat) aus zwölf Mitgliedern ersetzt. Zu den bisherigen Sekretariatsmitgliedern hinzu kamen Nationalrat Elser, der niederösterreichische Landesrat Genner, die Gewerkschafter Fiala und Horn und die KPÖ-Frauenvorsitzende Postranecky. Heinrich Fritz wurde dem Politischen Sekretariat ebenso wie der



14. Parteitag der KPÖ im Wiener Konzerthaus vom 29. Oktober bis 2. November 1948.

damalige FÖJ-Vorsitzende Otto Brichacek beratend beigezogen, womit dieses Gremium de facto 14 Mitglieder umfasste. Damit setzte sich das Politsekretariat neben dem fünfköpfigen Moskauer Kern aus einem weiteren Remigranten (Brichacek), fünf „KommunistInnen im Lande“ und vier ehemaligen KZ-Häftlingen zusammen. Die Gewichte waren also annähernd gleich verteilt. In der ersten Sitzung des wöchentlich tagenden Gremiums wurde Fritz am 2. Mai 1946 als 2. Sekretär der Partei bestätigt.⁷³

Im Begriff des „Politischen Sekretariats“ sollte zum Ausdruck kommen, dass es nicht nur um die operative Anleitung, sondern auch um die politische Führung der Partei zwischen den Sitzungen des Zentralkomitees ging. Das Politsekretariat erfüllte also dieselbe Funktion wie in späteren Jahren das Politische Büro. Zur organisationspolitischen Entlastung dieses Gremiums wurde parallel dazu ein Organisationsbüro (Org.-Büro) etabliert, das bis 1954 aus neun (1946), zwölf (1948) bzw. 13 (1951) GenossInnen zusammensetzte. Ihm gehörten die Organisationssekretäre der KPÖ, die Landessekretäre (Alois Peter und Josef Meisel) und weitere maßgebliche FunktionärInnen der Wiener und niederösterreichischen Landesorganisation sowie VertreterInnen der wichtigsten Massenorganisationen (Gewerkschaft, Frauen,

Jugend) an. Das Org.-Büro war ein Hilfsgremium des Politsekretariats, dessen Beschlüsse auch erst in Kraft traten, wenn von keinem Sekretariatsmitglied Einspruch erhoben wurde. Sein Aufgabenbereich wurde vom Sekretariat festgelegt und umfasste neben Organisationsfragen die Arbeit der Abteilungen des Zentralkomitees und die Anleitung der Landesorganisationen. Die enge Bindung des Org.-Büros an die politische Führung der Partei blieb auch dadurch gewährleistet, dass Fürnberg als dessen Leiter und Fritz als Stellvertreter bestimmt wurden.⁷⁴ Personalentscheidungen, etwa die Anstellung von MitarbeiterInnen des Parteiapparats und der RedakteurInnen der Parteimedien, blieben dem Politischen Sekretariat vorbehalten.

Am 14. Parteitag im Jahr 1948 wurde von der zweistufigen Führungspraxis wieder abgegangen und im Zuge einer Statutenänderung zum dreistufigen Modell der Jahre 1945/46 zurückgekehrt: Das „Politische Sekretariat“ wurde durch ein vergrößertes, nunmehr erstmals als „Politisches Büro“ bezeichnetes Gremium abgelöst und parallel dazu erneut ein Sekretariat mit acht Mitgliedern etabliert.⁷⁵ Dem in der konstituierenden Sitzung des Zentralkomitees am 2. November 1948 gewählten Polbüro gehörten 18 Mitglieder an, also um sechs mehr als dem bisherigen Politsekretariat: Neben den bisher nur beratend beigezogenen Brichacek und Fritz fanden nun auch Otto Fischer (Landessekretär der KPÖ Steiermark), Franz Haider (Landesobmann der KPÖ Oberösterreich), Friedrich Hexmann (bis 1947 Parteienvertreter der KPÖ in Moskau, dann Gewerkschaftsreferent der KPÖ Wien) und Franz Marek Aufnahme im Machtzentrum der Partei. Im Plenum musste Fürnberg die von mehreren ZK-Mitgliedern vorgebrachten Argumente abwehren, wonach im Politbüro Vertreter aller Bundesländer vertreten sein sollten. Gegen einen solchen „Länderpartikularismus“ wandten sich auch weitere Stimmen, die dafür plädierten, dass das Politbüro nur aus den „politisch stärksten und fähigsten Genossen“ gebildet werden solle.⁷⁶

Durch Otto Fischer und Hexmann wurde das Gewicht der nunmehr sieben „Moskauer“ im Polbüro etwas gestärkt.

Insgesamt setzte sich das Gremium fortan aus neun RemigrantInnen und neun „KommunistInnen im Lande“ bzw. ehemaligen Häftlingen zusammen. Als Mitglied der Parteileitung im französischen Exil war Marek der neben Brichacek zweite Exponent der Westemigration, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Führungsspitze der KPÖ angehörte. Marek gehörte neben Altmann, Fiala, Ernst Fischer, Fürnberg, Honner, Koplenig und Zucker-Schilling auch dem Sekretariat an, womit der Chefredakteur von *Weg und Ziel*, der bisher nur Kandidat des Zentralkomitees war, direkt in den innersten Führungskreis aufstieg.⁷⁷ Ernst Fischer berichtet in seinen Erinnerungen, dass der sich bereits 1945 für die Einbeziehung Mareks in die engere Parteiführung eingesetzt habe, sich damit aber nicht habe durchsetzen können.⁷⁸ Marek entwickelte sich in den folgenden Jahren zum neben Fischer wichtigsten Theoretiker der KPÖ und war der neben Fürnberg maßgeblichste Parteifunktionär in ideologischen Fragen.

Begründet wurde diese Restrukturierung der Organe des ZK mit dem Argument, dass sich das bisherige Politsekretariat mit zwölf Mitgliedern gleichermaßen mit der praktischen Arbeit wie mit den politischen Fragen hätte beschäftigen sollen, in der Praxis aber die Beratung der politischen Probleme vernachlässigt worden sei. Das verkleinerte Sekretariat sollte sich fortan auf die operative Leitung der Partei konzentrieren und dem Polbüro verantwortlich sein. Das Polbüro wiederum war als Körperschaft konzipiert, die sich zwar auch mit der organisatorischen Arbeit, schwerpunktmäßig aber mit den grundlegenden politischen Fragen beschäftigen und die Linie der Partei ausarbeiten sollte.⁷⁹ Am drei Jahre später stattfinden 16. Parteitag wurde dieser Modus mit nur geringfügigen personellen Änderungen fortgeschrieben: Das achtköpfige Sekretariat blieb in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen, aus dem Polbüroschieden Genner, Brichacek und Otto Fischer wegen Funktionswechsel aus. Ihnen folgten der frühere Metallarbeitersekretär von Leoben und neue Landesobmann der KPÖ Steiermark Heribert Hütter (Exil in der Sowjetunion), der nach dem Oktoberstreik aus dem ÖGB ausgeschlossene Metallarbeitersekretär und Stadtrat von Steyr Gustl Moser (Exil in Skandinavien) und der FÖJ-Vorsitzende Walter Wachs. Letzterer entzieht sich mit den biographischen Stationen Spanischer Bürgerkrieg (1938/39), fran-

1945/46	13. Pt. 1946	14. Pt. 1948	15. Pt. 1951	16. Pt. 1954
Zentralkomitee				
–	52 (39 + 13)	82 (58 + 16 bzw. 24)	83 (60 + 23)	86 (59 + 27)
Präsidium (16)	Politisches Sekretariat (12 + 2)	Politisches Büro (18)	Politisches Büro (18)	Politisches Büro (11)
Sekretariat (8)		Sekretariat (8)	Sekretariat (8)	

Die Führungsgremien der KPÖ nach 1945 (in Klammer die Anzahl ihrer Mitglieder).

zösische Internierungslager (1939 bis 1943), britische Armee (1943), Exil in der Sowjetunion (1943/44) und Partisan der Kampfgruppe Steiermark (1944/45) jeder Typologisierung.

In der Praxis führte dieser Modus jedoch dazu, dass das Polbüro nicht – wie geplant – die politische und das Sekretariat die operative Leitung übernahm, sondern das Sekretariat sich zur tatsächlichen politischen Führung der Partei entwickelte, während das 18-köpfige Polbüro sich als zu schwerfällig erwies, auch die Tagespolitik der Partei zu bestimmen. Demgemäß wurde im März 1953 auch in einem sowjetischen Bericht kritisiert, dass das von Fűrberg geleitete Sekretariat das Politbüro „de facto [...] abgelöst“ habe.⁸⁰ Es sei als „Zwischeninstanz“ zwischen Zentralkomitee und Sekretariat „nicht richtig in Funktion getreten“, wie auch die KPÖ-Führung einschätzen musste.⁸¹ Als Schlussfolgerung aus dieser Kritik wurde am 16. Parteitag im Mai 1954 die Parteiführung grundlegend reorganisiert und wieder zum „alten“ zweistufigen Modus zurückgekehrt. Ein verkleinertes Polbüro, das auch die „praktische tägliche politische Leitung“⁸² übernehmen sollte, ersetzte nun das bisherige Sekretariat. Im ursprünglich formulierten Vorschlag, das Sekretariat in Präsidium umzubenennen und das Polbüro ganz abzuschaffen,⁸³ wird deutlich, dass es allein eine Frage der Sichtweise und Akzentsetzung war, ob das Sekretariat nun zum Polbüro aufgewertet wurde oder das Polbüro ohne Namensänderung – wie schon in den Jahren 1946 bis 1948 – die Funktionen des Sekretariats übernahm. Realpolitisch betrachtet ging es eher darum, das wenig funktionsfähige bisherige Polbüro überflüssig zu machen und das machtpolitisch ausschlaggebende Sekretariat beizubehalten. Dessen „frühere Bezeichnung Sekretariat war nicht richtig und hat nicht das ausgedrückt, was diese Instanz wirklich war, denn sie hat schon früher die politische Leitung der Partei inne gehabt“, würde insofern bei der Neuwahl des Polbüros treffend eingeschätzt.⁸⁴

Auf diesem Parteitag wurde auch der 1948 (und nicht 1945 oder 1946) für Friedl Fűrberg bestimmte Titel „Generalsekretär“ wieder abgeschafft, nachdem er bereits seit September 1953 stillschweigend nicht mehr verwendet worden war.⁸⁵ Anstelle der bisherigen Direktwahl des Generalsekretärs durch den Parteitag wurden in der konstituierenden ZK-Sitzung am 16. Mai 1954 vier Sekretäre des Zentralkomitees gewählt, unter denen Fűrberg weiterhin – obwohl nicht als 1. Sekretär bezeichnet – die wichtigste Position einnahm. Die weiteren Sekretäre waren der Leiter der Kaderabteilung Heinrich Fritz, der niederösterreichische Landesobmann Franz Honner und der Leiter der Organisationsabteilung Rudolf Richter.⁸⁶ Alle vier ZK-Sekretäre wurden 1957 nach dem 17. Parteitag bestätigt. Auch der Parteivorsitzende wurde ab 1954 wieder vom Zentralkomitee und nicht mehr vom Parteitag direkt gewählt. Das bisher bestehende Org.-Büro wurde abgeschafft.⁸⁷ Das neue Polbüro setzte sich aus elf Mitgliedern zusammen und war identisch mit dem bisher bestehenden Sekretariat, das bereits ein Jahr vor dem Parteitag – in der ZK-Sitzung am 24./25.3.1953 – durch Hinzuziehung von Fritz, Hexmann (Sekretär der Gewerkschaftsabteilung) und Lauscher (Wiener Landesobmann) erweitert worden war.⁸⁸ Aufgrund dieser Reorganisation schieden Altmann-Postranecky, Elser, Haider, Horn, Hütter, Moser und Wachs aus der engeren Parteiführung aus. Damit verschob sich das Gewicht zu den RemigrantInnen (sieben von elf) und hier wiederum zu den sechs „Moskauern“, die nun erstmals nach 1945 tatsächlich die Mehrheit in der Führungsspitze stellten.

In dieser Größe blieb das Polbüro in den weiteren Jahrzehnten der bestimmende Faktor der KPÖ-Politik. Nach dem 17. Parteitag im März 1957 kam es nur zu kleineren Änderungen: Heinrich Fritz musste wieder ausscheiden, nicht zuletzt als Reaktion auf die am 20. Parteitag der KPdSU geäußerte Kritik und die anschließende Auflösung der Kader-

abteilung, die in die Organisationsabteilung einging. Er blieb aber sowohl Sekretär des Zentralkomitees als auch Vorsitzender der 1954 eingerichteten sechsköpfigen Finanzkommission,⁸⁹ womit er auch in den folgenden Jahren eine einflussreiche Führungspersonlichkeit

war. Dem Zentralkomitee gehörte er bis ins Jahr 1974 und der Finanzkommission bis in die 1980er Jahre an. Von 1970 bis 1974 war er als Finanzreferent auch wieder Mitglied eines im Jahr 1965 neu geschaffenen fünfköpfigen Sekretariats.⁹⁰ Statt Zucker-Schilling war ab 1957 der neue *Volksstimme*-Chefredakteur Erwin Scharf, der 1956 die linkssozialistische *Sozialistische Arbeiterpartei* (SAP) in die KPÖ überführt hatte, Mitglied des Polbüros.⁹¹ Am 18. Mai 1958 kamen im Zuge von Ergänzungswahlen der niederösterreichische Landesobmann Robert Dubovsky neu und Otto Horn erneut ins Polbüro,⁹² womit dem Gremium nun zwölf Mitglieder angehörten. Nach dem 18. Parteitag im April 1961 wurden Egon Kodicek, Franz Muhri und Franz West anstelle von Altmann (1960 verstorben), Fiala und Fischer gewählt. Honner blieb zwar Mitglied des Polbüros, ließ sich aber aus Altersgründen als ZK-Sekretär von Hexmann ablösen. Erst im Jahr 1965, als Muhri zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde, kam mit Maria Urban wieder eine Frau in die engere Parteiführung. Neu im Polbüro war seit diesem Jahr auch Alfred Ruschitzka. Ausgeschieden waren Hexmann, der zum Ehrenvorsitzenden gewählte Kopleinig und der 1964 verstorbene Honner. Die Anzahl der ZK-Sekretäre wurde von vier auf zwei reduziert: Fűrberg und Scharf, der Franz West als Chefredakteur der *Volksstimme* Platz gemacht hatte. Obwohl Fűrberg geplant hatte, bereits am 20. Parteitag im Jänner 1969 aus Altersgründen aus der Parteiführung auszuscheiden, blieb er aufgrund der krisenhaften Entwicklung der Partei in den Jahren 1968 bis 1971 bis 1970 ZK-Sekretär und bis 1977 Mitglied des Polbüros.

Das Zentralkomitee ab 1948

Am 14. Parteitag im Herbst 1948 wurde das Zentralkomitee stark erweitert: von 39 auf 58 Mitglieder, sowie von 13 auf zunächst 16 und nach dem Oktoberstreik im Jahr 1950 auf 24 KandidatInnen. Am 15. Parteitag im November 1951 (60 Mitglieder und 23 KandidatIn-



16. Parteitag der KPÖ im Mai 1954 im Wiener Konzerthaus.

nen) und 16. Parteitag im Mai 1954 (59 Mitglieder und 27 KandidatInnen) blieb diese Gesamtzahl annähernd konstant. Abschließend soll der Blick darauf gelenkt werden, ob und wie sich angesichts der Vergrößerung von 52 auf mehr als 80 ZK-Angehörige die Gewichte verschoben haben. Zunächst ist von Interesse, dass zu den RemigrantInnen, Inhaftierten und „KommunistInnen im Lande“ eine vierte Gruppe hinzukam: jene, die in den Jahren der NS-Diktatur zum Kriegsdienst in der Wehrmacht verpflichtet worden waren. Von den ZK-Mitgliedern des Jahres 1946 waren nur der Salzburger Landesobmann Franz Strasser, der Burgenländische Landesobmann Vinzenz Böröcz und der Landessekretär von Vorarlberg Fritz Bickel in der Wehrmacht, wobei Böröcz und Bickel aufgrund ihrer politischen Aktivitäten in ein Strafbataillon eingezogen worden waren. In den Zentralkomitees der Jahre 1948, 1951 und 1954 waren nun zehn bis zwölf ehemalige Wehrmachtangehörige vertreten, wobei auch hier zu betonen ist, dass es sich dabei nicht um Angehörige der „HJ-Generation“, sondern mit einer Ausnahme um kommunistische Parteigänger im wehrfähigen Alter handelte, die zum Teil bereits vor 1934 der KPÖ angehört und auch in der NS-Zeit illegale politische Arbeit geleistet hatten. Mit Ernst Schmidt, der 1946 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, 1947 der KPÖ beitrat und 1951 zum Betriebsratsobmann von Austro-Fiat in Wien-Floridsdorf gewählt wurde, wurde nach dem Oktoberstreik des Jahres 1950 erstmals ein Vertreter der Antifa-Bewegung in den sowjetischen Lagern als Kan-

didat des Zentralkomitees kooptiert und 1951 zum Mitglied gewählt.

Insgesamt bestand eine Herausforderung für die KPÖ als neu formierter Massenpartei darin, neben erfahrenen ParteifunktionärInnen, die sich in den Jahren der Illegalität – im antifaschistischen Widerstand oder im Exil – bewährt hatten, auch „frische, junge Kräfte“⁹³ in die Parteiführung einzubinden. Der Anteil der nach 1945 der KPÖ beigetretenen GenossInnen im Zentralkomitee blieb aber mit 8% im Jahr 1954 relativ gering. Im Zuge der Vergrößerung des Zentralkomitees wurde das Gewicht der „alten“ KommunistInnen sogar weiter gestärkt: Waren von den ZK-Angehörigen des Jahres 1946 nur 44% vor 1934 der KPÖ beigetreten, stieg dieser Prozentsatz im Jahr 1951 auf 55. Hierin kommt auch die bereits oben angeführte Tatsache zum Ausdruck, dass im Zuge der Verbreiterung des Zentralkomitees verdiente Funktionäre aus den Jahren der Ersten Republik – wie etwa Schüller, Pointner und Täubl – erneut in die Führung einbezogen wurden.

Noch mehr als in der Anfangsphase der Zweiten Republik wurde das Zentralkomitee in den 1950er Jahren von hauptberuflichen FunktionärInnen dominiert: Deren Anteil stieg von 60% (1946) auf 80% (1954). Darin spiegelt sich aber nicht nur eine gewisse Bürokratisierung der Partei, sondern auch die Ausgrenzung der KPÖ aus der österreichischen Gesellschaft, die exponierte KommunistInnen auf Wirkungsmöglichkeiten innerhalb der Partei zurückwarf. So fanden etwa jene Gewerkschaftssekretäre, die nach dem Oktoberstreik aus dem ÖGB

ausgeschlossen wurden – darunter auch die ZK-Mitglieder Gottlieb Fiala, Leopold Hrdlicka und Gustl Moser –, entweder in USIA-Betrieben oder im Apparat der Partei einen neuen Arbeitsplatz.⁹⁴ Damit waren nur 17 der insgesamt 86 ZK-Angehörigen des Jahres 1954 außerhalb der Partei und ihres Umfelds beschäftigt: vier davon in ÖGB und Arbeiterkammer, zwei bei der ÖBB, einer bei der Polizei (Moritz Fels-Margulies). Ab 1950 gelang es in zunehmendem Maße, auch Betriebsarbeiter in die Parteiführung einzubeziehen: neben Ernst Schmidt etwa den Betriebsratsobmann der Alpine Donawitz Franz Petz (Mitglied bis 1965), den Betriebsrat von Schoeller-Bleckmann in Ternitz Johann Pinkl (Mitglied bis 1970), den VÖEST-Betriebsrat Josef Luckeneder (Kandidat bis 1961) oder den Betriebsrat der Steyr-Werke Franz Hofmann (Kandidat bis 1961). 1954 lag der Anteil der BetriebsarbeiterInnen bei 8% (drei Mitglieder und vier Kandidaten). Der Angestelltenbetriebsrat von Steyr Leopold Linsenmayer (Kandidat bis 1957) wurde nach seiner Kündigung infolge des Oktoberstreiks Direktor des zur USIA gehörenden Nibelungenwerks in St. Valentin. Auffällig ist der vergleichsweise geringe Anteil jener, die in intellektuellen Berufen arbeiteten, ist hier doch bis zum Jahr 1957 allein der Arzt Franz David zu nennen. Bezeichnend wiederum ist die Tatsache, dass die Anzahl der Frauen trotz Vergrößerung des Zentralkomitees in den Jahren 1946, 1948, 1951 und 1954 mit insgesamt sieben konstant blieb, womit der ohnehin geringe Frauenanteil von 13,5% (1946) auf 8% (1954) zurückging. In der Gesamtmitgliedschaft waren Frauen demgegenüber mit 37% vertreten.⁹⁵

Der Altersschnitt der ZK-Mitglieder stieg in den Jahren 1946 bis 1954 von 44 auf 47 Jahre. Etwas mehr als die Hälfte der ZK-Angehörigen des Jahres 1946, nämlich 27 von 52, war zwischen 40 bis 49 Jahre alt, gefolgt von der Alterskohorte der 30 bis 39-Jährigen mit 14 VertreterInnen. Die übrigen zehn waren älter als 50 Jahre. Der jüngste wurde 1915 geboren (Vinzenz Böröcz), der älteste 1875 (Karl Steinhart). Die Fluktuation blieb bis 1954 relativ gering: bis dahin waren insgesamt 16 GenossInnen wieder ausgeschieden und 38 – vor allem im Zuge der Vergrößerung – nachgerückt, wobei sich diese nicht aus jüngeren GenossInnen, sondern mehrheitlich aus den Kreisen älterer Parteimitglieder mit Widerstands- und Exilhintergrund rekrutierten. Somit kommt im vergleichsweise gerin-

gen Anstieg des Durchschnittsalters kaum die Tendenz zum Ausdruck, dass der Anteil der 30- bis 39-Jährigen von 27 auf 15% und jener der 40- bis 49-Jährigen von 52 auf 42% zurückging, während jener der 50- bis 59-Jährigen von 17 auf 35% zulegte. 1951 wurde erstmals ein unter 30-Jähriger, nämlich der 1927 geborene neue FÖJ-Vorsitzende Hubert Schwab, in das Führungsgremium gewählt.

Auch die darauffolgenden Parteitage in den Jahren 1957 und 1961 waren weitgehend von personeller Kontinuität geprägt. Neue ZK-Mitglieder rekrutierten sich nach wie vor weniger aus „neuen“ Parteimitgliedern, sondern entsprachen generationell weitgehend dem bisherigen Profil. Erst am 19. Parteitag im Mai 1965 schieden 34 der bisherigen 87 Mitglieder aus dem Zentralkomitee aus und machten mehrheitlich jüngeren GenossInnen Platz, die erst nach 1945 der KPÖ beigetreten waren. Im Vorfeld des 20. Parteitags im Jänner 1969 wurde schließlich der Beschluss gefasst, dass Mitglieder des Zentralkomitees, die das 60. Lebensjahr überschritten hatten, im allgemeinen nicht mehr kandidieren sollten. Mit dem darauffolgenden Rückzug der „alten Garde“ aus der Parteiführung fand auch die den obigen Analyse Kriterien zugrunde liegende Nachkriegskonstellation ein Ende.

Anmerkungen:

1/ Einige Protokolle dieser Leitungssitzungen aus den Jahren 1939, 1940 und 1942 liegen in: Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau (RGASPI) 495/12/24, 495/74/13, 495/74/19 und 495/80/558.

2/ Jagschitz, Gerhard: Regierung- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen 2006, S. 367–416, hier S. 397.

3/ Vgl. Zentrales Parteiarhiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 4.7.1945.

4/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 6.8.1945.

5/ Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Gemeinsam mit den Delegierten aus den Ländern, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.9.1945, S. 1.

6/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945.

7/ Sonntag Tagung des Zentralkomitees, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs*, Nr. 24, 7.12.1945,

S. 1; Die Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Pressedienst*, Nr. 26, 10.12.1945, S. 1.

8/ Mitteilung des Zentralkomitees, in: *Die Rote Fahne*, Nr. 8, August 1937.

9/ Glaubauf, Fritz: Johann Kopenig. Zum 80. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden der KPÖ am 15. Mai, in: *Volksstimme*, 16.5.1971, S. 11–12, hier S. 11.

10/ Vgl. Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich 1973, S. 49.

11/ ZPA der KPÖ, Rudolf Richter: Lebenslauf, 28.8.1945.

12/ RGASPI 495/74/17/2, Johann Kopenig an Georgi Dimitrow, 8.2.1941; Fritz, Heinrich: Stationen meines Lebens. Wien 1990 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 4), S. 21.

13/ ZPA der KPÖ, Protokolle Nr. 3, 4, 5 und 6 der Sitzungen des Präsidiums des ZK der KPÖ am 8.10.1945, 25.10.1945, 30.11.1945 und 8.12.1945.

14/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPÖ am 23.9.1945; Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Gemeinsam mit den Delegierten aus den Ländern, in: *Österreichische Volksstimme*, 25.9.1945, S. 1.

15/ Parteitag der kommunistischen Partei Österreichs, in: *Salzburger Tagblatt*, 27.10.1945, S. 1.

16/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 20 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 11.1.1946, S. 3.

17/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 17 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 5.1.1946, S. 1.

18/ Meisel, Josef: Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970. Wien 1986 (Biografische Texte zur Kultur- und Zeitgeschichte, Bd. 3), S. 15–19, hier S. 16 und 19.

19/ Keller, Fritz: Die KPÖ 1945–1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994. Berlin 1994, S. 104–121, hier S. 106 und 111; Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 85.

20/ Meisel: Mauer, S. 17.

21/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Exilbibliothek 9475, Franz Marek: Erinnerungen, o.D., S. 91.

22/ DÖW 20126/O3, Bruno Frei an Friedl Fürnberg, 16.5.1962.

23/ Genner, Michael: Mein Vater Laurenz Genner. Ein Sozialist im Dorf. Wien, München, Zürich: Europaverlag 1979, S. 192.

24/ Keller, Fritz: Die KPÖ und die Schauprozesse in Osteuropa 1948 bis 1953, in: Maderthaler, Wolfgang/Schafranek, Hans/Unfried, Berthold (Hg.): „Ich habe den Tod verdient“. Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956. Wien 1991, S. 199–218, hier S. 209. An anderer Stelle modifiziert Keller diesen Befund zur Nullaus-

sage, dass diese „konkurrierenden Eliten“ entweder „integriert oder ausgeschaltet“ worden seien (Keller: Die KPÖ 1945–1955, S. 106).

25/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Eine „Bande von Gaunern, Schwindlern und naiven Leuten“. Die Widerstandsbewegung O5 und die Kommunistische Partei Österreichs, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien. Jahrbuch 2016. Wien 2016, S. 101–139, hier S. 108–119.

26/ Schärf, Adolf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 87.

27/ Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977 (Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 1), S. 164.

28/ Schärf: Volksdemokratie, S. 71.

29/ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955, S. 73 und 183.

30/ Wandruszka, Adam: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954, S. 289–485, hier S. 473; Gutkas, Karl: Die politische Entwicklung in der Zweiten Republik, in: ders./Brusatti, Alois/Weinzierl, Erika: Österreich 1945–1970. 25 Jahre Zweite Republik. Wien 1970 (Schriften zur Erwachsenenbildung in Österreich, Bd. 21), S. 3–191, hier S. 51.

31/ Rauchensteiner, Manfred: Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966. Wien 1987, S. 33.

32/ Bailer, Brigitte: WiderstandskämpferInnen und politisch Verfolgte in der Zweiten Republik, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. Wien 2013, S. 283–305, hier S. 289.

33/ Mueller: Besatzung, S. 85.

34/ [Marschalek, Manfred]: Die Wirren der ersten Tage: Es geschah im „Roten Salon“, in: *AZ. Tagblatt für Österreich*, 5.4.1985, Thema (Beilage), S. VI–VII, hier S. VII.

35/ Wiener Stadt und Landesarchiv (WStLA), Historische Kommission 1945, Nr. 176, Interview mit Otto Langbein am 5.8.1975, S. 19.

36/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 5. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.9.1947, Beilage: Referat von Johann Kopenig, S. 3.

37/ WStLA, Historische Kommission 1945, Nr. 176, Interview mit Otto Langbein am 5.8.1975, S. 19, der an dieser Stelle auch hervorhebt, dass die Führung der Partei in der Volksfrontorientierung „vollkommen einig“ gewesen sei (S. 5).

38/ Hanna Sturm wurde 1956 wieder aufgenommen (ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Kommission zur Behandlung von Parteiverfahren am 29.8.1956); Böröcz, Vinzenz: Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte. Wien 1995 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiter-

- bewegung, Bd. 6), S. 147.
- 39/ Mueller: Besatzung, S. 85.
- 40/ Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, NL 38, Ernst Fischer, Do 126, Mappe 3, Bericht über die Bezirke Knittelfeld, Leoben, Bruck und Mürzzuschlag.
- 41/ Auftakt zur Werbekampagne in Wien, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs*, 5.10.1945, S. 1.
- 42/ RGASPI 17/128/781/232–236, Johann Kopenig und Friedl Fürnberg an Josef Stalin, 14.10.1945, Dok. Nr. 22 in Mueller, Wolfgang u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven*. Wien 2005 (Fontes Rerum Austriacarum, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 211–221, hier S. 217.
- 43/ RGASPI 17/128/112/68–71, Bericht der Politverwaltung der Zentralen Heeresgruppe, 17.4.1946, Dok. Nr. 27 in: ebd., S. 247–251, hier S. 247.
- 44/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 28 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 18.3.1946, S. 1.
- 45/ ZPA der KPÖ, Org.-Bericht der Wiener Stadtleitung der KPÖ, 16.9.1946, S. 14.
- 46/ Enderle-Burcel, Gertrude: Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.): *Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur*. Wien 1995 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 60), S. 80–93, hier S. 84.
- 47/ Jagschitz: Regierungs- und Verwaltungsaufbau, S. 397.
- 48/ Kamptner, Susanne: Der Kalte Kulturkrieg. Österreich als Subjekt und Objekt im Ost-West-Spannungsfeld. Antikommunismus als kulturpolitischer Konsens dargestellt am Beispiel der Wiener Theaterkritiken aus den Jahren 1945–1955. Diplomarbeit Universität Wien 1997, S. 25.
- 49/ RGASPI 495/80/449/28–47, Über die Kaderfrage am ZK-Plenum, Dezember 1935, hier Bl. 30.
- 50/ Von 1934 bis 1946. 12 Jahre Kampf für Freiheit und Demokratie. Referat des Genossen Friedl Fürnberg (Sekretär der KPÖ) auf dem 13. Parteitag der KPÖ als Bericht über die Arbeit seit dem 12. Parteitag (1934). Wien 1946, S. 4.
- 51/ Unsterbliche Opfer. Gefallen im Kampf der Kommunistischen Partei für Österreichs Freiheit, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. o.O. [Wien] o.J. [1945], S. 5f. und 39.
- 52/ Im Zeichen der Solidarität von Ost und West. Der Beginn des Parteitages der Kommunistischen Partei Oesterreichs, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.4.1946, S. 1–2, hier S. 1; Von 1934 bis 1946, S. 12. Beide sprachen in dieser Stelle von 13 umgekommenen ZK-Mitgliedern, wobei Kopenig auch Heinrich Müller nannte. Damit war wohl Josef Müller angesprochen, der gemeinsam mit Bruno Dubber, Josef Czarmann u.a. Ende 1938 verhaftet und am 6. April 1945 beim Massaker im Zuchthaus Stein erschossen wurde.
- 53/ RGASPI 495/80/405/5–7, XII. Parteitag der KPÖ, hier Bl. 7.
- 54/ West, Franz: Die Reichskonferenz der KPÖ – vor 15 Jahren, in: *Weg und Ziel*, 10. Jg. (1952), Nr. 9, S. 607–611, hier S. 611.
- 55/ RGASPI 495/74/9/3, Verzeichnis der Mitglieder des ZK der KPÖ, gewählt auf der Parteikonferenz im August 1937, 19.5.1938.
- 56/ Mugrauer, Manfred: „Soldat der gerechten Sache“. Zum 100. Geburtstag der kommunistischen Widerstandskämpferin Hedy Urach, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 3, S. 9–21, hier S. 11f.
- 57/ McLoughlin, Barry/Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: *Kommunismus in Österreich 1918–1938*. Innsbruck, Wien, Bozen 2009, S. 481.
- 58/ Fischer, Walter: *Kurze Geschichten aus einem langen Leben*. Mannheim 1986, S. 193.
- 59/ Der Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, 3. Jg., Nr. 53, 4.10.1934, S. 2301–2305, hier S. 2302.
- 60/ Marie Köstler, ehemalige SP-Abgeordnete, der KP beigetreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 16.2.1946, S. 2.
- 61/ Weinberger, Lois: *Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich*. Wien 1948, S. 249. Zu ergänzen bleibt, dass diese Aussage auch vom Zeitablauf her unsinnig ist, gelang es doch den Häftlingen in der Regel erst Wochen nach der Befreiung, nach Wien zurückzukehren, also nach der Rückkehr der wichtigsten Moskauer Exilanten.
- 62/ Binder, Dieter A./Bruckmüller, Ernst: *Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918–2000*. Wien 2005 (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde), S. 40.
- 63/ Sandgruber, Roman: *Das 20. Jahrhundert*. Wien 2003 (Geschichte Österreichs, Bd. VI), S. 106.
- 64/ *Unser Weg*. Bericht über die Arbeitstagung der Freien Österreichischen Jugend 12. und 13. Jänner 1946. Wien F.Ö.J. 1946, S. 32.
- 65/ Toch, Josef: *Enklave KPÖ*, in: Hannak, Jacques (Hg.): *Bestandaufnahme Österreich 1945–1963*. Wien, Hannover, Bern 1963, S. 63–82, hier S. 65.
- 66/ Meisel: *Mauer*, S. 17f. und 109.
- 67/ Russisches Staatsarchiv für neuere Geschichte (RGANI) 5/28/70/2–30, 32–39, 45–56, Bericht des sowjetischen Hochkommissars W. P. Swiridow und des Politischen Vertreters der UdSSR in Österreich S. M. Kudrjawtschew, 21.3.1953, Dok. Nr. 84 in Mueller u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik*, S. 819–891, hier S. 887.
- 68/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.3.1953, S. 3.
- 69/ *Etwa Müller-Kampel, Beatrix* (Hg.): *Edith Rosenstrauch-Königsberg. Von der Metallschleiferin zur Germanistin. Lebensstationen und historische Forschungen einer Emigrantin und Remigrantin aus Wien*. Wien, Köln, Weimar 2001 (Literatur und Leben, Bd. 56), S. 11–77, hier S. 30, Anm. 35.
- 70/ *Unser dritter Bundeskongreß*, in: *Jugend voran*, 6. Jg., Nr. 21, 3.11.1951, S. 8–9; ZPA der KPÖ; *Beschlüsse der Sitzung des Büros der Wiener Stadtleitung* am 9.11.1951.
- 71/ McLoughlin/Leidinger/Moritz: *Kommunismus in Österreich*, S. 305f.
- 72/ *Statut der Kommunistischen Partei Österreichs*. Wien o.J. [1948], S. 9.
- 73/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Politischen Sekretariats am 2.5.1946, S. 1.
- 74/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Politischen Sekretariats am 21.5.1946, S. 1.
- 75/ *Statut der Kommunistischen Partei Österreichs*. Wien o.J. [1948], S. 11.
- 76/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 2.11.1948, S. 2–6.
- 77/ *Die Wahl des Zentralkomitees*, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.11.1948, S. 1; *Der 14. Parteitag* (Protokoll), S. 212.
- 78/ Fischer: *Das Ende einer Illusion*, S. 164.
- 79/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 8. ZK-Plenums der KPÖ am 28./29.8.1948, Beilage 32: *Schlusswort von Johann Kopenig*, S. 4f.; Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 2.11.1948, S. 1.
- 80/ Dok. Nr. 84 in Mueller u.a. (Hg.): *Sowjetische Politik*, S. 819–891, hier S. 887.
- 81/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 21 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 7.5.1954, S. 2.
- 82/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.5.1954, S. 1.
- 83/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 36 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 9.9.1953, S. 2.
- 84/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.5.1954, S. 1.
- 85/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 38 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 21.9.1953, S. 1.
- 86/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.5.1954, S. 1.
- 87/ *Statut der Kommunistischen Partei Österreichs* beschlossen am 15. Parteitag 13. bis 16. Mai 1954. Wien o.J. [1954], S. 9f.
- 88/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.3.1953, S. 4.
- 89/ ZPA der KPÖ, Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 20.5.1954, S. 1.
- 90/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 16.6.1970, S. 1f.
- 91/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 6.4.1957, S. 2.
- 92/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ am 17./18.5.1958, S. 2.
- 93/ Fürnberg, Friedl: *Unsere Partei*, in: *Österreichische Volksstimme*, 18.9.1945, S. 1–2, hier S. 1.
- 94/ Autengruber, Peter/Mugrauer, Manfred: *Oktobersstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme*. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 2016, S. 62.
- 95/ *Material zum XVI. Parteitag Mai 1954*, vorgelegt vom Zentralkomitee der KPÖ. o.O. [Wien] o.J. [1954], S. 5.